

ROBIN WOOD

magazin

Infotour:
PROTEST
GEGEN ATOM-
TRANSPORTE

Mitmachen!
BEWEGUNG
FÜR KLIMA-
GERECHTIGKEIT

Machen Sie mit
und gewinnen
Sie DVDs und
Freikarten
Seite 40

WENN KONZERNE DEN PROTEST MANAGEN

Sommercamp:
GEGEN DEN
AUSBAU DES
FRANKFURTER
FLUGHAFENS





Foto: Bernhard Knierim

Seite 6

tatorte

- 6 Berlin: A 100, Bürgerbeteiligung nach der Abrissbirne
- 6 Aktionen in 11 europäischen Städten für Nachtzüge
- 7 Stuttgart: Heißer Kirchentag
- 7 Berlin: Proteste gegen Jahrestagung Kerntechnik
- 8 Papier, weniger ist mehr
- 9 Unterschriftenaktion: Schwedens Naturwälder retten

titel

- Tagung mit ROBIN WOOD: 10
- Wenn Konzerne den Protest managen
- Gesteuerte Bürgerinitiativen 12
- Warum Unternehmen den Dialog suchen: 13
- „Lassen Sie uns in Ruhe darüber reden!“
- Manoeuvres in the dark: 15
- Interview mit Jason Kirkpatrick
- Staat und Unternehmen: 17
- Protestmanagement Hand in Hand



Seite 10

Foto: Claudia Hautumm/pixelio.de

Seite 18



Foto: ROBIN WOOD

verkehr

- 18 Bunker Fuels: Klima(un)gerechtigkeit auf die Spitze getrieben
- 21 Einladung zum Sommercamp, Frankfurt 2015:
Für Flughafenrückbau statt -ausbau



Seite 22

Foto: ROBIN WOOD

energie

- 22 Atomtransporte auch vor Deiner Haustür?
- 26 Foulspiel: Die Atommüll-Kommission
- 28 „Endlager“ gesucht
- 30 Atomreaktor Wannsee: Alles im grünen Bereich?

tropenwald

- Eis essen ohne Reue? 33
- Weniger, dafür gutes Fett 34

perspektiven

- Klimakonferenz Paris: Same procedure as every year? 36
- Schlusskonferenz: Paris rettet das Klima nicht 38

Seite 34

Foto: Hinrich Schultze



Foto: A. Krumm

Seite 42



Foto: Andreas Hermsdorf/pixelio.de

internes

- 41 Impressum
- 41 Jetzt bestellen: Neue Flyer von ROBIN WOOD
- 42 Fördererforum: Geld, Autos, Klima ...

filme

- 35 Landraub - die globale Jagd nach Ackerland
- 35 Count Down am Xingu IV
- 40 Freikarten zu gewinnen: I want to see the manager
- 40 DVDs zu gewinnen: Die Hüter der Tundra



Die ROBIN WOOD-Magazinredaktion im Sommer 2015: Für Erneuerbare Energien!

Liebe Leserinnen und Leser!

ROBIN WOOD lädt Sie am 26.9.2015 zu einer Konferenz nach Berlin ein. Dort wollen wir öffentlich machen, was geschieht, **wenn Konzerne den Protest managen**. Wenn Sie bisher dachten, dass Kunstrasen ein besonderes Problem für FußballerInnen darstellt oder eine hässliche Alternative für den Vorgarten ist, so werden Sie bei der Konferenz lernen, dass im englischsprachigen Raum mit Astroturf, Kunstrasen, eine nicht minder hässliche Strategie von Unternehmen gemeint ist: Dabei konzipieren und finanzieren die Konzerne vermeintliche Graswurzel-Initiativen, die unter Namen wie „I love S 21“ firmieren und von Wirtschaft und Politik gesteuert sind. Oder die Unternehmen schicken direkt Spitzel in die Bewegung, wie in der Vergangenheit bei Klimacamps in England geschehen. Wir wollen diese Machenschaften öffentlich machen, denn vor einer informierten Öffentlichkeit haben die Konzerne die meiste Angst. Mehr dazu erfahren Sie in unserem Titel ab Seite 10. Oder Sie besuchen unsere Konferenz im September in Berlin, zu der wir Sie herzlich einladen!

Ende November trifft sich die Klimadiplomatie zur **21. Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Paris**. Die Emissionen der Treibhausgase steigen weiter, und dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt, bestreitet niemand mehr. Aber welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die dramatischen Folgen der immer weiter steigenden Temperaturen zu begrenzen, ist höchst umstritten und die Verhandlungen festgefahren. Nichtregierungsorganisationen, die sich für wirksamen Klimaschutz engagieren, machen jetzt klar, welchen Schwerpunkt sie setzen: Den konsequenten Ausstieg aus der Nutzung der klimaschädlichen

fossilen Energien von Unternehmen und Politik einzufordern. Die Klima-Bewegung zeigt diesen Sommer und Herbst bei zahlreichen Klimacamps, wie eine ökologische und sozialgerechte Energiepolitik aussehen kann. Vor Ort an Kraftwerken und Kohleminen setzen sich die Aktiven für einen Ausstieg aus der zerstörerischen Kohlenutzung ein. Mehr dazu können Sie ab Seite 36 lesen. Dort finden Sie auch eine Terminübersicht, wo und wann die Klimabewegung aktiv wird. Machen Sie mit!

ROBIN WOOD macht sich stark gegen **Atomtransporte**. Noch sind acht Atomkraftwerke bundesweit am Netz. Die Atomanlagen in Lingen und Gronau fallen nicht unter den Atomausstieg und haben eine unbegrenzte Laufzeit. Und wohin mit dem ganzen Atommüll, der weiter produziert wird, weiß immer noch niemand. Klar ist nur, dass strahlende Frachten inzwischen auf Wasser, Schiene und Straße unbemerkt von der Öffentlichkeit durch die ganze Republik gefahren werden – mit allen Risiken für die Bevölkerung. Wir bitten Sie daher herzlich unsere Kampagne gegen Atommüll-Transporte zu unterstützen, mehr dazu auf Seite 22. Sie können unsere Aktionen auch mit einer Spende unterstützen. Einen Überweisungsträger finden Sie auf Seite 17. Herzlichen Dank!

Bleiben Sie aktiv!

Umweltfreundliche Grüße von der Magazin-Redaktion
Ihre

Christiane Weitzel



Foto: ROBIN WOOD/Bertrand

Hamburg, 11. Juli 2015: Kohle tötet – Kundgebung auf der Elbe gegen Kohlekraft und das Vattenfall-Kraftwerk in Moorburg

A100: Bürgerbeteiligung nach der Abrissbirne



Foto: Malama Pono

Proteste ignorieren und kriminalisieren, Kleingärten plattmachen, bezahlbare Mietwohnungen abreißen – so sieht die Politik der Berliner Senatsverwaltung aus, wenn es um den teuren Weiterbau der A100 geht

Berlin, 9. Juli 2015: Als LeserIn dieses Magazins haben Sie wahrscheinlich nicht die Absicht, irgendwo eine Autobahn zu bauen. Aber nehmen wir einmal an, es wäre so. Sie haben für ihre drei Kilometer Betonpiste eine halbe Milliarde Euro vom Bund organisiert, haben hunderte Kleingärten planiert und hundert billige Mietwohnungen abreißen lassen, haben Proteste ignoriert und Besetzungen geräumt. Was fehlt noch? Richtig: Die Bürgerbeteiligung. So oder so ähnlich muss es dem Berliner Senat in Sachen A100 gegangen sein. Um auch hinter diesen Punkt ein Häkchen setzen zu können, lud er am 9. Juli zur Informationsveranstaltung auf die Autobahnbaustelle. Zutritt hatten nur vierzig angemeldete Personen, Menschen ohne Anmeldung wurden an der Tür abgewiesen. Vorgesehen waren unter anderem Informationen zu den „allgemeinen Aufgaben einer landeseigenen Tiefbauabteilung“, Klima-, verkehrs- oder irgendwie sonst politische Fragen fanden sich im Einladungstext nicht. Auch die Referenten des Nachmittags standen nicht gerade für eine diskussionsfreudige Verwaltung. Aufgeboten war zum einen der Leiter der Abteilung Tiefbau, mitverantwortlich für den Strafantrag gegen vier A100-GegnerInnen, die sich derzeit vor einem Berliner Gericht verantworten müssen. Und dann war da noch Staatssekretär Christian Gaebler, in dessen Augen für die A100 in der Beermannstraße gar keine Mieter weichen mussten, sondern nur „Personen“, die sich „vertragslos und damit rechtswidrig“ in den Gebäuden aufhielten.“ (taz vom 09.01.2015) Anwesend waren auch Aktive der Berliner ROBIN WOOD Gruppe, die mit einem Transparent Flagge zeigten und Flyer an die BesucherInnen der Veranstaltung verteilten. Gekommen waren übrigens weit weniger als vierzig Personen. Simulierte Mitbestimmung scheint bei den BerlinerInnen nur auf simuliertes Interesse zu stoßen.

Aktionen in 11 europäischen Städten für Nachtzüge

Berlin, 20. Juni 2015: Im Dezember 2014 hat die Deutsche Bahn AG die beliebte und oft ausgebuchte Nachtzugverbindung zwischen Berlin und Paris aufgegeben. Seitdem gibt es keine tägliche Direktverbindung mehr zwischen den beiden Hauptstädten. Am 19. Juni fuhr erstmals der EuroNight-Zug der russischen Staatsbahn RZD von Berlin nach Paris ab. Aktive von ROBIN WOOD und vom Netzwerk „Back on Track“ begrüßten diesen neuen

Nachtzug, wiesen aber auch auf die Verschlechterung des Angebots hin: Er fährt nur zweimal wöchentlich. Weil es nur Schlafwagen und keine Liegewagen gibt, sind die Tickets sehr teuer. Der Zug ist nicht vollständig barrierefrei und Fahrräder können nicht mitgenommen werden. Dieser Nachtzug ist nur eine Notlösung und kein Ersatz für gute, bezahlbare und täglich verkehrende Nachtzüge auf allen wichtigen Strecken. Das Netzwerk Back on Track fordert, grenzüberschreitende Bahnverbindungen konsequent aus- statt abzubauen. Denn Nachtzüge und EuroCitys sind die klimafreundliche Alternative zu innereuropäischen Flügen. Wenn die Deutsche Bahn AG das Klima schützen will, darf sie ihre Fahrgäste nicht ins Flugzeug zwingen.

In elf europäischen Städten gab es an diesem Juni-Wochenende Aktionen des Netzwerkes Back on Track zur Rettung der Nachtzüge. Im diesem Netzwerk haben sich Aktive aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, der Schweiz, Österreich und Spanien zusammengeschlossen, um für bessere grenzüberschreitende Bahnverbindungen in Europa zu kämpfen. Mehr zum Weekend of Action:

<http://back-on-track.eu>.

Monika Lege, Hamburg



Foto: Bernhard Knierim

Stuttgart: Heißer Kirchentag

3. bis 6. Juni 2015: Bei mehr als 35 Grad täglich waren die Aktiven von ROBIN WOOD in Stuttgart beim evangelischen Kirchentag froh, dass ihr Infostand dieses Mal draußen angesiedelt war und nicht in den Messehallen, die noch größere Hitzerekorde vermeldeten. Eine erfrischende Brise und Schattenplätze unter den zwei Pavillons lockten BesucherInnen an, die beim Atomquiz mitmachten und sich nebenbei über Atomtransporte vor ihrer Haustür informierten. Der kleine Atomzug war der Hingucker für die mehr als 125.000 KirchentagsbesucherInnen, die an unserem Stand vorbeizogen. Damit spielen mochten aber nur ganz Wenige, weil die Reise mit dem Atomzug einfach zu heiß war. Rudolf Fenner, unser Waldreferent, informierte darüber, wie ROBIN WOOD sich für den Schutz der letzten Naturwälder in Schweden einsetzt. Und Tina Lutz, ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin, machte bei ihrem Vortrag mit eindrucksvollen Bildern deutlich, wie rücksichtslos der Palmölkonzern Wilmar in Afrika vorgeht, um sich immer mehr Land für seine Plantagen unter den Nagel zu reißen.

Christiane Weitzel, Bremen



Foto: ROBIN WOOD

Proteste gegen Jahrestagung Kerntechnik

Berlin, 5. Mai 2015: Aus den Katastrophen in Tschernobyl und Fukushima hat die Atomlobby nichts gelernt! Weiterhin hält sie an ihrem Geschäft mit dem tödlichen Risiko fest. Um sich über die weltweite Zukunft der Kernenergie auszutauschen, trafen sich ab dem 5. Mai in Berlin über 1.000 Delegierte aus über 30 Ländern – von Energiekonzernen, aus Forschung, Behörden und Politik – zur 46. Jahrestagung Kerntechnik. Die Tagung war keineswegs unumstritten. Zahlreiche Aktive der Anti-Atom-Bewegung protestierten lautstark gegen die Konferenz. Ihre Forderungen: die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit, die Übernahme sämtlicher Kosten für den Umgang mit den Altlasten der AKW durch die Energiekonzerne und ein Ausstieg der Bundesrepublik aus EURATOM. Denn sicher ist nur das Risiko: In Tschernobyl und Fukushima herrscht noch immer der Ausnahmezustand, Gebiete sind weiträumig verseucht und tausende von Menschen tragen infolge der Katastrophen Gesundheitsschäden davon oder sterben an der Strahlung. Wie viele Katastrophen ist die Atomlobby noch bereit, für ihr lukratives Milliardengeschäft mit der Atomkraft in Kauf zu nehmen?

Philip Bedall, Berlin



Foto: ROBIN WOOD

Besonders dreist finden die Protestierenden den Versuch der Atomkonzerne, die Kosten für den Atomausstieg auf die Gesellschaft abzuwälzen

Papier, weniger ist mehr!



Fotos: ROBIN WOOD/Reviol



An den ROBIN WOOD-Infoständen erfahren die BesucherInnen, wie globale Waldzerstörung und unser Papierkonsum zusammenhängen. Und sie konnten selbst aktiv werden und aus altem Papier neues schöpfen



Foto: ROBIN WOOD/Krumm

Deutschland ist der viertgrößte Papierhersteller weltweit. Hier bei uns wird viel Altpapier eingesammelt, die Rücklaufquote beträgt 74 Prozent. Der Anteil der Rohstofffasern aus Altpapier bei der Herstellung in deutschen Fabriken liegt ebenfalls bei 74 Prozent. Doch wie positiv sind diese Aussagen im globalen Kontext? Wir erhalten die Rohstoffe und fertiges Papier aus der ganzen Welt und tragen mit unseren 251 Kilogramm Papier pro Kopf im letzten Jahr – das ist Weltspitze – zur Zerstörung der Wälder bei, mit all ihren Folgen für die Menschen vor Ort, für die Umwelt und das Klima.

Holz ist zu wertvoll, als dass es in immer größeren Massen zu kurzlebigem Papier verarbeitet werden darf. Recyclingpapier zu benutzen reicht nicht. Damit die Wälder und die Ressourcen Wasser und Energie geschont und weltweit gerechter auch in Zukunft zur Verfügung stehen, ist es wichtig den Papierverbrauch in Deutschland zu senken. ROBIN WOOD fordert eine Reduzierung um mindestens 50 Prozent – das ist möglich, wenn Großverbraucher sparsamer mit Papier umgehen, aber auch wenn jede Einzelne im Beruf und privat sorgsamer mit der wertvollen Ressource Papier umgeht.

Auf diese globalen Zusammenhänge macht ROBIN WOOD mit Infoständen aufmerksam und motiviert mit der Ausstellung „Papier, weniger ist mehr“ selbst aktiv zu werden.

Berlin, 26. April 2015: Die Aktiven zeigten den BesucherInnen des zweiten Berliner Klimatags, wie sie durch einen geringeren Papierverbrauch einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Während des Papierschöpfens wurden weit verbreitete Vorurteile zur Aufbereitung von Altpapier aufgeklärt: Beim Deinken, also dem Entfernen der Druckfarbe, werden viel weniger und nicht so umweltbelastende Chemikalien eingesetzt als bei der Herstellung und Bleiche von Zellstoff.

Köln, 31. Mai 2015: Beim „Tag des guten Lebens“ in Köln Süß waren annähernd 100.000 Menschen in den Straßen unterwegs, so der Veranstalter. Zahlreiche interessierte Menschen kamen an den ROBIN WOOD-Stand, um sich zu informieren und den Brief mit der Forderung eines Moratoriums für den Erhalt der schwedischen Urwälder zu unterschreiben. Baumarten anhand getrockneter Blätter zu erraten, machte besonders den Kindern Spaß. Dabei hatten die meisten Mitratenden immerhin eine Trefferquote von 80 bis 90 Prozent.

Criewen, 4. Juli 2015: Papier wird doch größtenteils aus Altpapier hergestellt, so die feste Meinung vieler BesucherInnen des Festes „20 Jahre Nationalpark Unteres Odertal“: Schließlich würde in den Fabriken in Schwedt seit Jahrzehnten nur Altpapier verarbeitet und es würde darauf geachtet, dass wirklich nur dieser Rohstoff in der Papiertonne landet. Nur beim Benutzen von Recyclingpapier gäbe es noch Reserven, so die einsichtigen BesucherInnen. Sie nahmen deshalb gerne die Informationen mit, wo welche Produkte vor Ort mit dem Blauen Engel zu bekommen sind. Gegen die Papierverschwendung will der Veranstalter in Criewen in Zukunft das Benutzen von Mehrweggeschirr vorschreiben.

Angelika Krumm, Schwedt, papier@robinwood.de

Mehr Infos zum Thema finden Sie unter www.robinwood.de/papier. Passend zum Schulstart können Sie bei ROBIN WOOD Schulhefte unter www.robinwood.de/schulhefte bestellen, gerne auch Sammelbestellungen. Unter www.blauer-engel.de/papierfinder bekommen Sie Hinweise, wo es Schreibwaren mit dem Blauen Engel gibt.

Schwedens Naturwälder retten

**ROBIN WOOD fordert ein Einschlag-Moratorium:
Machen Sie noch mit und unterstützen Sie unsere
Kampagne mit Ihrer Unterschrift!**

Schweden – da denken viele an Urlaub, dünn besiedelte Weiten und Wälder. Doch ursprünglichen Wald gibt es kaum noch in dem skandinavischen Land. Monotone Industrieforste ziehen sich bis zum Horizont. Nur noch etwa zehn Prozent der Waldgebiete sind ursprüngliche oder zumindest naturnah erhaltene Wälder. Und selbst diese Überbleibsel sind – trotz FSC-Zertifizierung – bedroht. Sogar Kahlschläge sind dort bislang erlaubt. ROBIN WOOD will das stoppen und fordert ein Einschlag-Moratorium für alle schutzwürdigen Wälder, die für den Erhalt der Artenvielfalt wichtig sind!

Dass dieser Raubbau in Schweden passiert, liegt auch an unserem Konsum. Denn Schweden ist Deutschlands Lieferland Nr. 1 für Holz- und Papierprodukte. So ist rund ein Fünftel des in Deutschland verbrauchten Papiers und Zellstoffs in Schweden „gewachsen“. Dort wird daher auch genau darauf geachtet, ob sich beim besten Kunden Deutschland Protest regt. Wer den Raubbau stoppen und die Forderung nach einem Einschlag-Moratorium für Schwedens Naturwälder unterstützen will, kann mit seiner Unterschrift beim zuständigen schwedischen Minister Sven-Erik Bucht protestieren.

Bisher unterstützen schon 5000 Menschen unseren Protest! Aber es sollen noch mehr werden! Machen Sie bitte mit und geben Sie Ihre Unterschrift online ab unter www.robinwood.delschweden. Dort können Sie sich auch über den Fortgang dieser Kampagne zum Schutz der schwedischen Naturwälder informieren. Wir sammeln alle Unterschriften und werden sie dann mit einer medienwirksamen Aktion an den schwedischen Minister Bucht übergeben. Herzlichen Dank!

Rudolf Fenner, Hamburg, wald@robinwood.de



Foto: Sebastian Kirppu




Foto: Frédéric Forsmark



Eine Tagung mit ROBIN WOOD
zu gesteuerten Bürgerinitiativen

Wenn Konzerne den Protest managen



Astroturf, auf deutsch Kunstrasen, bezeichnet vermeintliche Graswurzeln-Initiativen oder Verbände, die in erster Linie von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, politischen Interessengruppen oder PR-Firmen konzipiert und finanziert werden. Bei unserer Tagung im September: „Wenn Konzerne den Protest managen“ beleuchtet ROBIN WOOD die Methoden und Machenschaften der Konzerne anhand von Fallbeispielen und diskutiert gemeinsam mit Verbänden wie Lobbycontrol, Linke Medienakademie und klimaretter.info erfolgreiche Gegenstrategien.

ROBIN WOOD lädt Sie herzlich zur Tagung ein, die am 26. September in Berlin stattfinden wird. Mehr zum Konzept der Tagung finden Sie auf den folgenden Seiten. Zur Anregung beleuchten wir zwei Themen der Tagung ausführlicher: Dialogangebote von Unternehmen an ihre KritikerInnen sowie das Ausspionieren von Bürgerinitiativen im Auftrag von Konzernen.

Gesteuerte Bürgerinitiativen

Über Jahrzehnte haben Konzerne verschiedene Strategien entwickelt, um ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen. Laut Transparency International gibt es kein Land in Europa, in dem der Lobbyismus so gut funktioniert wie in der Bundesrepublik. Doch der bisher übliche Lobbyismus in Brüssel, Berlin oder anderswo stößt an seine Grenzen, wenn Unternehmen mit zivilgesellschaftlichem Widerstand konfrontiert sind, wie er sich etwa gegen Großprojekte wie Straßen, Bahnhöfe, Flughäfen, Gentechnik etc. formiert.

Zunehmend fordert die Zivilgesellschaft nicht nur rechtsstaatlich korrekte und legale Entscheidungen ein, sondern auch gerechte und legitime. Unternehmen und Politik setzt das unter großen öffentlichen Druck. Als eine Reaktion weiten auch Konzerne und deren PR-Agenturen ihre Handlungsfelder in den zivilgesellschaftlichen Bereich aus, der bisher vor allem den Sozialen Bewegungen vorbehalten war. Und die Unternehmen tun dies häufig verdeckt.

Öffentlichkeitswirksame Proteste werden inzwischen von InvestorInnen oder ProjektentwicklerInnen einkalkuliert. Es wird nicht mehr nur versucht, diese zu verhindern oder zu ignorieren. Vielmehr ist es das Ziel, „Argumente zu managen“, Proteste zu übertönen oder zu neutralisieren – jedenfalls wird aktiv versucht, die Meinungshoheit im öffentlichen (Diskurs-) Raum zu erobern.

„Bürger für Technik“ schreiben Leserbriefe für die Atomindustrie, unterstützt von der „Kerntechnischen Gesellschaft“. Der Klimawandel wird von „Experten“ geleugnet, deren Theorien auf Studien der US-Ölindustrie basieren. Die „Gesellschaft für Straßenbau“ unterstützt Bürgerinitiativen bei Umgehungsstraßen und sorgt dafür, dass „engagierte Unternehmen“ Millionenaufträge erhalten... Dabei kommt den Unternehmen und ihren Agenturen entgegen, dass Interessen in der modernen Gesellschaft weit ausdifferenziert sind. Neue Technologien und Vorhaben stoßen deshalb tatsächlich bei kleineren oder größeren Gruppen auf Akzeptanz – eine Gruppe von Befürwor-

terInnen findet sich meist. Dies machen sich Unternehmen zunutze, indem sie derartige Gruppen unterstützen oder gar initiieren. Konzerne und PR-Agenturen nutzen außerdem aus, dass zivilgesellschaftliche Aktionsformen (Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen etc.) per se ein positives Image besitzen – wessen Interessen damit vertreten werden, ob sie selbstlos sind und dem Gemeinwohl dienen, wird selten hinterfragt.

Diese neuen Unternehmensstrategien werden bisher weder von betroffenen „echten“ Bürgerinitiativen, noch von JournalistInnen und Medien ausreichend ernstgenommen und analysiert. Deshalb sollen sie auf der Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“ behandelt werden. Neben der Aufklärung über diese Prozesse, in denen ökonomische Interessen mit den Mitteln der Zivilgesellschaft durchgesetzt oder unterstützt werden sollen, geht es darum, erfolgreiche Gegenstrategien zu beleuchten und bekanntzumachen.

Daniel Häfner, Cottbus

Echter Protest gegen Stuttgart 21





Einladung!

Foto: Sabine Löwenthal

Kommen Sie am 26. September zu unserer Konferenz nach Berlin: „Wenn Konzerne den Protest managen“

„Lassen Sie uns in Ruhe drüber reden!“

Warum Unternehmen den Dialog suchen

Wussten Sie, dass Sie ein Stakeholder sind? Ein Mitglied einer Anspruchsgruppe? So werden Sie von Unternehmen und Projektträgern gesehen, die etwa eine Straße oder eine Stromtrasse bauen, ein Fracking-Gebiet erschließen oder ein Atommüll-Lager einrichten wollen.

Stakeholder ist der Schlüsselbegriff eines vorherrschenden, durch die Wirtschaftswissenschaften geprägten Denkmodells. Es liefert eine Strategie für den Umgang mit Protest – meist mit dem Ziel, ihn einzudämmen und Akzeptanz für das eigene Vorhaben zu schaffen. Häufig wird in diesem Zusammenhang auch von Vertrauen gesprochen, das fehlt und folglich hergestellt werden müsse – und könne.

Das Panorama, das StrategInnen der Unternehmens-PR entwerfen, sieht so aus: Die herkömmliche Art der Planung strittiger Projekte lief weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Das funktioniert heute – dank einer selbstbewussten und gut informierten Zivilgesell-

schaft – immer schlechter. Massenproteste, Gerichtsverfahren, Imageschäden und zeitliche Verzögerungen des Projekts sind die Folge. Es läuft nicht rund – und das kostet Zeit, Geld, Reputation und Nerven. Das Gegenmittel heißt Stakeholder-Management.

Frühzeitig wird erhoben, wer genau mit welchen Argumenten einem Vorhaben in die Quere kommen könnte. VertreterInnen dieser Gruppen werden in Dialoge eingebunden. Dies übernimmt in der Regel keine öffentliche Stelle, sondern der Vorhabenträger gleich selbst. Ihm verschafft der Stakeholder-Dialog wichtige Vorteile: Er lernt seine KritikerInnen näher kennen, kann deren Stärken und Schwächen besser einschätzen und eine zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategie entwickeln. Die KritikerInnen werden beschäftigt, so dass sie für ihren Protest auf der Straße weniger Zeit haben. Sie müssen sich mit den Dialogangeboten auseinandersetzen und lassen sich dadurch mitunter spalten – in die, die mitreden und die, die das nicht tun.

Das Unternehmen gibt sich modern, offen und dialogbereit, was gerade auch in der Medienöffentlichkeit gut ankommt. Wer nicht am Dialog teilnehmen will, wird hingegen schnell als Verweigerer abgestempelt.

Pro-Kampagne „I love S21“

Die Kommunikationsstrategie kann darauf abzielen, die Bedeutung einer Protestbewegung zu relativieren und ihre Legitimität zu untergraben. Hier schlägt die Stunde der Pro-Initiativen, die – mal offen, mal verdeckt – im Sinne des Vorhabenträgers aktiv werden – von „Ja zu Fra“ für den Frankfurter Flughafen über „I love S21“ für den unterirdischen Stuttgarter Bahnhof bis hin zum Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“. Die Unternehmens-PR nutzt die Glaubwürdigkeit zivilgesellschaftlicher AkteurInnen aus. Pro-Initiativen helfen einem Unternehmen, sich selbst in der Rolle des Moderators zu inszenieren, der ausgleichend zwischen verschiedenen Interessengruppen

pen wirkt. Eigene kommerzielle Interessen rücken dadurch elegant in den Hintergrund.

Gegenmaßnahme: Für Transparenz sorgen

Wie können AktivistInnen für Umwelt und Menschenrechte damit produktiv umgehen? Eine Maßnahme: für Transparenz sorgen, PR-Strategien analysieren und kontern. Deshalb organisiert ROBIN WOOD zusammen mit LobbyControl,

der Linken Medienakademie und klimaretter.info die Tagung „Wenn Konzerne den Protest managen“.

ROBIN WOOD hat gute Erfahrungen damit gesammelt, nach öffentlichkeitswirksamen und konfrontativen Aktionen ein ergebnisorientiertes Gespräch mit Unternehmen selbst zu initiieren, um die eigene Agenda umzusetzen. Entscheidend für den Erfolg solcher Gespräche ist vor allem eins: politischer Druck, der durch kraftvolle, kreative Proteste

und Kampagnen aufgebaut wird. Das bedeutet: Offenheit für Gespräche, nicht jedoch für vorgefertigte Dialoge zur Akzeptanzbeschaffung.

Anstatt ein Spiel nach unfairen Spielregeln mitzumachen, stellen wir die Regeln besser selbst auf.

Ute Bertrand, ROBIN WOOD-Pressesprecherin, freut sich, Sie und Euch bei der Tagung am 26.9.15 in Berlin zu treffen. Kontakt: Ute.Bertrand@robinwood.de

ROBIN WOOD lädt ein!

Tagung: „Wenn Konzerne den Protest managen“

Veranstalter: ROBIN WOOD zusammen mit Lobbycontrol, Linke Medienakademie und klimaretter.info

Wann: Samstag, den 26. September, 10:00-18:30 Uhr

Wo: Humboldt-Universität Berlin

Eintritt gratis, Spenden erwünscht!

Mit über 30 Workshops und Vorträgen rund um aktuelle Methoden, mit denen Konzerne versuchen, Protest zu managen.

Stichwort: Astroturf (engl. für „Kunstrasen“). Es bezeichnet vermeintliche Graswurzel-Initiativen oder Verbände, die in erster Linie von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, politischen Interessengruppen oder PR-Firmen konzipiert und finanziert werden.

Anhand von Fallbeispielen analysieren wir, wie ökonomische Interessen mit den Mitteln der Zivilgesellschaft durchgesetzt werden sollen und diskutieren erfolgreiche Gegenstrategien.

Das Programm, alle weiteren Infos und Anmeldung unter: www.konzernprotest.de

Foto: Pixelio.de

Manoeuvres in the dark

Konzerne bedienen sich Spitzel zur Überwachung sozialer Bewegungen – ein Interview mit Jason Kirkpatrick

MitarbeiterInnen, die sich auf Mailinglisten als AktivistInnen ausgeben, das Durchforsten von Büromüll nach Informationen oder gar die Unterwanderung von Politgruppen durch Vollzeit-Agenten – Konzerne gestalten ihre Sicherheitspolitik nicht mehr nur reaktiv. Im Fokus privater Sicherheitsfirmen steht die Einschätzung des Risikos für Unternehmen, Ziel von Protesten zu werden sowie die Prävention. Zurückgegriffen wird dabei nicht nur auf öffentlich zugängliche Informationen, mit verdeckten Mitteln werden sogar Interna und Strategien relevanter Gruppen erhoben. Statt sich der Kritik sozialer Bewegungen in einer demokratischen Auseinandersetzung zu stellen, geht es den Unternehmen in erster Linie darum Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um so umstrittene Geschäftspraktiken ungestört fortzusetzen. Damit droht das Mundtotmachen kritischer Stimmen und die Manipulation der öffentlichen Debatte.

ROBIN WOOD: In den letzten Jahren sind verschiedene Fälle von Unternehmensspionage gegen aktivistische Zusammenhänge ans Licht gekommen. Etwas provokant gefragt: Haben Unternehmen nicht das Recht illegalen Aktionen, die sich gegen sie richten, zuvorzukommen und sie zu unterbinden?

Jason Kirkpatrick: Wenn wir über Unternehmensspionage in einem Staat reden, der auf einer verfassungsmäßigen Ordnung beruht, dann gibt es Grauzonen für Aktivitäten von Unternehmen. Anderes sollte jedoch ganz klar sein: Unternehmen sind angehalten, sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bewegen – innerhalb des Rechtsstaats. Doch das Gegenteil ist oft der Fall.

? Worauf zielt Unternehmensspionage gegen soziale Bewegungen?

! Die Fälle, von denen wir wissen – insbesondere Unternehmensspionage gegen Umweltaktivismus – zielen klar auf den

Schutz der Interessen und des Gewinns der Unternehmen. Beobachten konnten wir das bei Umweltgruppen, deren Arbeit sich auf Ölfirmen konzentrierte.

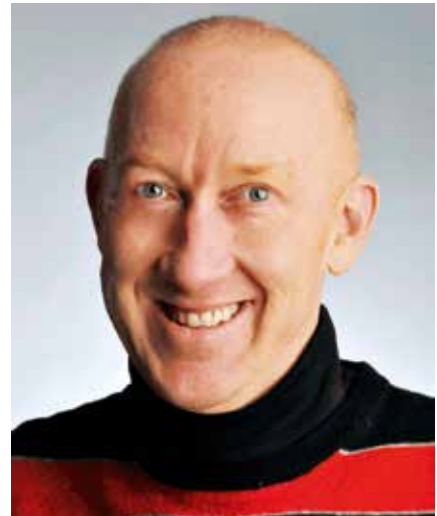
? Transnationale Konzerne argumentieren oft, die beauftragten Sicherheitsfirmen würden nur öffentlich zugängliche Informationen erheben. Die Sicherheitsfirmen wiederum erklären: Mailinglisten-Abonnements über Websites von Protestgruppen oder die Teilnahme an Sitzungen stünden der gesamten Öffentlichkeit frei. Das hieße: Es gibt keine illegale „Unterwanderung“ von Protestgruppen durch Unternehmen. Was ist dann das Problem?

! Nehmen wir an, eine Aktivistengruppe wird von einem Spitzel unterwandert – sei es ein staatlich bezahlter oder schlimmer noch, ein von Unternehmen beauftragter – so kann dieser Spitzel einfach nur da sitzen und zuhören. Etwas anderes ist es, wenn er selbst aktiv wird. Wiederholt haben Spitzel gezielt aktivistische Zusammenhänge gestört und schlussendlich versucht sie zu zerschlagen. Sie nutzen die „divide and conquer“-Strategie, teile und herrsche. Ein sehr bekannter Fall der letzten Jahre stammt aus Cardiff in Wales. Dort machte sich ein Spitzel den Umstand zunutze, dass bestimmte Argumente in Gruppendiskussionen die Front zwischen zwei Lagern verschärfte und machte deshalb diese Argumente stark. Schließlich zerschlug er so die Gruppe, die sich gegen den G8 organisierte.

„Es geht darum durch gezielte Aktivitäten zu stören oder gar zu spalten.“

? Woher stammen die angewandten Taktiken?

! Sie gehen zurück bis in die Zeit des Zars in Russland. Bereits 1921 thematisiert Victor Serge sie in seinem Buch „What everyone should know about state



Jason Kirkpatrick ist seit Ende der 1980er Jahre in sozialen Bewegungen aktiv. Er wirkte dabei an zahlreichen umwelt- und klimapolitischen Kampagnen mit und war im Rahmen des Netzwerks Dissent! an Protesten gegen die G8 beteiligt. Als Autor und Regisseur betreibt er das Projekt SpiedUpon.com, das sich mit dem Einsatz verdeckter Ermittler in der Umwelt- und Klimabewegung befasst. Über mehrere Jahre geriet Jason in den Fokus des britischen Undercover-Ermittlers Mark Kennedy.

Jasons Wissen über das Agieren von Unternehmen und deren LobbyistInnen speist sich aus langjähriger Recherchearbeit in über 15 Ländern. In Kalifornien engagierte er sich als Vize-Bürgermeister der Stadt Arcata gegen Aktivitäten der Unternehmenslobby.

repression“. Im Rahmen des Programms ColIntelPro (Counter Intelligence Program – Programm zur Gegenauflärung) wandte das FBI sie in den 1970er Jahren an, um die Black Panther zu zerschlagen. Mit dem Skandal um den britischen Polizei-Spitzel Mark Kennedy im Jahr 2011 zeigte sich, dass dieselben Taktiken noch immer Anwendung finden – angepasste Taktiken aus der militärischen Aufstandsbekämpfung, die nun für zivile und polizeiliche Zwecke gegen aktivistische Gruppen eingesetzt werden.

? Die meisten Fälle belegter Unternehmensspionage gegen soziale Bewegungen stammen aus den USA und Großbritannien. Wie weit ist diese Praxis darüber hinaus verbreitet? Finden wir sie auch in der Bundesrepublik?

! Sicherlich benötigen wir mehr Wissen darüber, was in Deutschland geschieht. Bislang ist hier wenig dokumentiert. Die Skandale der letzten Jahre um verdeckte Ermittler lehren, dass es Gesetze bedarf, die die Spitzelaktivitäten privater Unternehmen kontrollieren. Bis heute sind diese in Deutschland in keinerlei Weise geregelt. Wir müssen uns bewusst sein: Für staatliche Stellen wie Verfassungsschutz oder BKA gibt es – vermeintlich – Regeln und eine gewisse Kontrolle. Wenn aber ein Unternehmen einen Spitzel bestellt, um aktivistische Zusammenhänge ins Visier zu nehmen, so unterliegt das keinerlei staatlicher oder demokratischer Kontrolle. Das ist ein wesentliches Problem.

? Die meisten der Informationen über Unternehmensspionage wurden bislang eher „zufällig“ gewonnen. Sie waren das Ergebnis von Gerichtsverfahren, von einigen wenigen Whistleblowern oder von Fehlern der angeheuertten Spitzel. Wie können wir mehr über die Praktiken in Erfahrung bringen?

Proteste gegen den Klimakiller Kohle waren in der Vergangenheit ein beliebtes Ziel von Spitzeln

! Bewegung, Politik und Medien sind angehalten, sich mehr mit dem Thema zu befassen. Aus anderen Ländern wissen wir, dass auch deutsche Konzerne gegen Bewegungen spionieren. Beispielsweise beauftragte E.ON in Großbritannien private Sicherheitsfirmen, um gegen die Klimabewegung vorzugehen. Wenn das Unternehmen dort zweifelhafte Taktiken anwendet, muss man sich fragen, ob es dies nicht ebenso in Deutschland tut. Solange es keine Gesetze gibt, die klare Regelungen schaffen und solange die Klimabewegung auch in Deutschland E.ONs Unternehmensgewinne bedroht, sollte man schlussfolgern, sie tun es auch hier.

? In den USA verschwimmt die Einstufung zwischen Aktivismus und Terrorismus seit September 2001 zunehmend. Die Debatte um sog. Öko-Terrorismus wird dabei gerade auch von Unternehmen vorangetrieben. Grund genug sich davor zu fürchten, dass Aktivismus auch hierzulande mehr und mehr als illegal und kriminell angesehen wird?

! Ja, es liegt auf jeden Fall im Interesse ebendieser Unternehmen Worte

„Wenn Unternehmen Spitzel bestellen, so unterliegen diese bislang keiner staatlichen oder demokratischen Kontrolle.“

zu verdrehen und Angst zu schüren, um Menschen von Umweltaktivismus fernzuhalten. Die breite Mehrheit der Öffentlichkeit in den USA setzt Sabotage mit Gewalt gegen Menschen gleich. Insbesondere Staat und Unternehmen treiben dort ein solches Verständnis voran. Der Wurf eines Farbeies gegen ein Unternehmen der Waffenindustrie würde beispielsweise in den USA bereits als gewalttätiger Angriff gewertet. In Deutschland – wo dies bei Demonstrationen gelegentlich geschieht – käme niemand auf die Idee einer solchen Einordnung, denn verletzt wird dadurch niemand. Wir müssen uns bewusst sein, dass Sprache sehr bedeutsam ist. Bewegungen dürfen nicht die Fähigkeit verlieren, über ihre Kämpfe zu bestimmen und darüber, wie sie definiert werden.

? Ist Unternehmensspionage eine Bedrohung für die Zivilgesellschaft?

! Die Fähigkeit von Unternehmen, zusammen mit der Politik hinter verschlossenen Türen die eigenen Interessen umzusetzen, hat eine lange Geschichte. Ein eindrücklicher Fall sind derzeit die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP. In Deutschland kennt jeder das „Chlorhühnchen“. Es steht symbolisch für sozial und ökologisch höchst bedenkliche Vereinbarungen, die mit Geheimverhandlungen auf den Weg gebracht werden. Nur aufgrund der umfangreichen Proteste wurden die ersten Entwürfe des Handelsabkommens öffentlich. Die Menschen müssen weiter kämpfen, wenn sie demokratische Errungenschaften erhalten wollen.

Das Gespräch führte Philip Bedall, Energiereferent von ROBIN WOOD energie@robinwood.de

Weiterführende Literatur:

Victor Serge (1979): *What everyone should know about state repression*. London: New Park Publ.

Evelyn Lubbers (2013): *Secret manoeuvres in the dark. Corporate and police spying on activists*. London: Pluto Press.



Foto: ausgeCO2ht

Staat und Unternehmen: Protestmanagement Hand in Hand

Die Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline – ein Rückblick

Bei wichtigen Großprojekten managen Unternehmen und Staaten den Protest gemeinsam. Ein gutes Beispiel dafür ist die BTC Pipeline, die Öl aus dem kaspischen Meer ans Mittelmeer transportiert. Betrieben wird sie von einem internationalen Konsortium unter Führung von BP. Die EU und die USA hielten sie aus Gründen der Energiesicherheit für unverzichtbar und der aserbaidshanischen Regierung festigt sie die Macht. Lokale und internationale Organisationen warnten vor ihrem Bau. Ein Blick zurück illustriert einige der Protestmanagement-Strategien.

In Aserbaidschan kam Heydar Alijew, Vater des aktuellen Präsidenten Ilham, in den 90er Jahren an die Macht. Alijew, ein alter KGB-Mann, misstraute Nichtregierungsorganisationen zutiefst. In der Sowjetrepublik Aserbaidschan hatte es sie nicht gegeben. Er begriff jedoch schnell, dass diese im Westen relativ anerkannt waren und ihm für seine Reputation nützlich sein könnten. Deshalb gründete seine Regierung in den folgenden Jahren zahlreiche „Nichtregierungsorganisationen“, deren einzige Aufgabe es war, das Regime im Land und international zu unterstützen.

Für die Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC) Pipeline war die Nutzung von NGOs ein wichtiges Mittel in der Auseinandersetzung. Eine Voraussetzung für den Bau von BTC war ihre Finanzierung durch internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (englisch EBRD). Die Finanzierung gestaltete sich jedoch schwierig, weil es lokalen Widerstand gegen die Pipeline gab, der international unterstützt wurde. Alijews Regime gründete kurzerhand eine „Aserbaidschanische NGO-Koalition zur Unterstützung von BTC“. Eine Art aserbaidshanische Form von „I love

S 21“. Kritische Organisationen schreiben z.B. einen Brief und setzen andere Organisationen als Unterstützer darunter? Können wir auch! Kurz vor der Entscheidung der EBRD über Kredite für das Projekt 2003 veröffentlichten aserbaidshanische Gruppen eine Stellungnahme, in der sie sich dringend für den Bau von BTC aussprachen. Unterzeichnet war das Dokument von Gruppen wie der Diabetes Gesellschaft, dem Verein der Hämophilie betroffenen, dem Bergsportclub und der Kickboxvereinigung. Jedoch fanden sich auch Gruppen, die einen tatsächlichen Bezug zur Pipeline hatten, etwa die Gewerkschaft der Ölarbeiter. Eine Nachfrage dort jedoch zeigte, dass die angebliche Unterzeichnerin nichts von ihrer Unterschrift wusste.

Kritiker neutralisieren

Wie wichtig solch öffentliche Unterstützung für die Geldgeber war, belegt die Autobiographie des ehemaligen BP Chefs John Browne, in der er beschreibt, wie er sich regelmäßig mit dem damaligen Weltbankchef James Wolfensohn austauschte. Eines Abends habe Wolfensohn ihn angerufen und gewarnt, dass er die Finanzierung für BTC nicht durchbekommen würde, weil der Druck von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen zu stark sei. Browne schreibt, bittere Erfahrung habe ihn gelehrt, dass er solche Organisationen nicht ignorieren könne und mit ihnen diskutieren müsse.

Wie solche Diskussionen jedoch geplant wurden, enthüllt eine BP Präsentation von 2003 für MitarbeiterInnen von Behörden und Finanzinstitutionen, die AktivistenInnen durch eine Informationsfreiheitsanfrage erhielten. Dort wurden Organisationen, die sich kritisch mit BTC auseinandersetzten, eingeordnet nach „Beeinflussern“ und „Polarisierern“. Zu den „Beeinflussern“ wurden etwa Am-

Foto: Emma Hughes, Platform



Heydar Alijew, ehemaliger Präsident Aserbaidschans: Profi im Protestmanagement

nesty International, Greenpeace, Open Society Institute und der WWF gezählt. Mit diesen müsse man sich ernsthaft auseinandersetzen, aus Legitimations- und Reputationsgründen. Zu den „Polarisierern“ gehören kleinere radikalere Gruppen wie CEE Bankwatch, Friends of the Earth oder das Corner House. Mit ihnen solle nur „opportunistisch“ interagiert werden. Im Wesentlichen ging es darum, diese radikaleren Organisationen zu neutralisieren. Konkret hieß dies etwa, dass BP Programme des Open Society Institut in Aserbaidschan nur fördern wollte, wenn ausgesprochene KritikerInnen nicht involviert würden.

BP's Strategie gegenüber Weltbank und EBRD war erfolgreich, beide Institutionen finanzierten die Pipeline. Heydar Alijew gab seine Macht an seinen Sohn Ilham weiter, der bis heute in Baku – gestärkt durch Öleinnahmen – zunehmend autoritär regiert. Baku ist heute voll von GoNGOs (Regierungs-Nichtregierungsorganisationen), CoNGOs (Eine-Person-hinter-einem-Computer-Organisationen) und MaNGOs (Mafia-NGOs, die der Geldwäsche dienen).

Regime Richter, urgewald

Mehr Details dazu im Buch „The Oil Road“ von Platform London, die damals intensiv an der Kampagne beteiligt war. Dort wird auch aus Brownes Biographie „Beyond Business“ zitiert.



Fotos: ROBIN WOOD

Bunker Fuels

Klima(un)gerechtigkeit auf die Spitze getrieben

Wenn sich im Dezember die Klimadiplomaten_innen der Welt zum Weltklimarat treffen, wird Flugverkehr nicht auf ihrer Tagesordnung stehen. Flugbenzin findet ebenso wie Schiffsdiesel in der 21. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls nur am Rande Erwähnung, obwohl ihre Verbrennung einen außergewöhnlich starken Treibhauseffekt hat und beide Branchen hohe Wachstumsraten verzeichnen.

Der Treibstoff der internationalen Luft- und Seeschifffahrt heißt „Bunker Fuels“. Der Name leitet sich von den Kohle-Bunkern aus der Zeit der Dampfschifffahrt ab. Die Verbrennung von Schiffsdiesel und Schweröl in der Hochseeschifffahrt kommt einer Müllverbrennung auf See gleich und setzt große Mengen des Treibhausgases Kohlendioxid, Stick- und Schwefeloxide sowie Ruß frei. Fliegen ist bezogen auf die Zeit jedoch die energieintensivste Form der Mobilität. Neben Kohlendioxid sind Wasserdampf, Stick- und Schwefeloxide sowie Ruß in den Flugzeugabgasen klimarelevant, in Reiseflughöhe verstärkt sich der Erwärmungseffekt der Emissionen.

Obwohl nur ein Zehntel der Weltbevölkerung jemals ein Flugzeug von innen sieht und eine noch kleinere Minderheit von drei bis sieben Prozent regelmäßig fliegt, trägt der Flugverkehr nach UN-Angaben mehr als fünf Prozent zur globalen Erwärmung bei. Trotzdem bleibt die Luftfahrtindustrie von Klimaschutzverpflichtungen verschont. Mehr noch: Sie wird noch nicht einmal mit einer Steuer auf den Treibstoff für das Gemeinwesen belangt.

In Artikel 2.2. des 1997 verabschiedeten Kyoto-Protokolls beauftragte der

Klimarat der Vereinten Nationen die UN-Sonderorganisation für zivile Luftfahrt, ICAO, mit der „Begrenzung oder Reduktion der Emissionen von Treibhausgasen aus dem Luftverkehr“.

Tatsächlich haben sich seitdem die Emissionen aus den Flugzeugturbinen vervielfacht. Das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrt, DLR, rechnet aufgrund der Wachstumsraten des weltweiten Luftverkehrs mit einer Verdopplung innerhalb von zwanzig Jahren. Effizienzfortschritte, an denen auch die Luftfahrtbranche interessiert ist, sind dabei schon eingerechnet. Die ICAO erwartet eine Vervielfachung des Treibstoffbedarfs ihrer Klientel innerhalb der nächsten zwanzig Jahre.

16 Jahre lang unternahm die ICAO nichts, um ihren Kyoto-Auftrag zu erfüllen. Erst als die Europäische Union 2012 den Luftverkehr in ihr Emissionshandelssystem einbezog, verpflichtete sich die ICAO, globale marktbasierende Mechanismen zu entwickeln und bei ihrer

nächsten Vollversammlung im Sommer 2016 zu verabschieden. Im Gegenzug setzte die EU 2013 den Emissionshandel

für Flüge über die Grenzen der EU aus. Nicht-Regierungsorganisationen sind wachsam: Ziel marktbasierter Maßnahmen muss es sein, klimaschädliche Emissionen zu verringern. Ausgleichsmaßnahmen („offsetting“) in anderen Sektoren als der Luftfahrt sind dafür ungeeignet. Die Nicht-Kohlendioxid-Effekte müssen angemessen eingerechnet werden. Agrosprit vermindert den Erwärmungseffekt nicht und darf daher nicht als Klimaschutz-Maßnahme angerechnet werden.

Deutsche Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen, darunter ROBIN WOOD, schlagen als besseres Instrument die Einführung einer Klimaabgabe auf



Steil nach oben: Die Emissionen des weltweiten Flugverkehrs haben sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt

Fliegen killt Klima

Der Luftverkehr ist für etwa fünf Prozent der vom Menschen verursachten globalen Erwärmung verantwortlich, obwohl über neunzig Prozent aller Menschen nie fliegen.

Fliegen ist Mobilität mit dem auf die Reisezeit gerechnet größten Ressourcenverbrauch und Klimaschaden. Die Kohlendioxid-Emissionen der in Deutschland – „Vorreiter“ in der Klimapolitik – startenden und landenden Flugzeuge haben sich in den letzten zwanzig Jahren fast verdoppelt.

Außer Kohlendioxid schaden Wasserdampf, Stickoxide, Schwefeloxide und Feinstaub in den Flugzeug-Abgasen dem Klima. Letztere sind außerdem Luftschadstoffe.

Kohlendioxid-Äquivalente im globalen Flugverkehr vor. Abgabepflichtig sind die Fluggesellschaften. Die Einnahmen sollen in den Green Climate Fund fließen, der agrarische Gesellschaften beim Kampf gegen die Folgen des Klimawandels finanziell unterstützt.

Klimaschutz ist zu wichtig, um Regierungen überlassen zu werden. Klimaschutz im Flugverkehr heißt weniger bis gar nicht zu fliegen und Flughäfen zurückzubauen. Am 13. Juli hat ein Dutzend Aktive von Plane Stupid zusammengekettet die Nordbahn des

viertgrößten Flughafens der Welt in Heathrow/London blockiert. Ella Gilbert, eine der Aktiven auf der Rollbahn, erklärt: „Flughafenausbau verstößt gegen alles, was uns von Wissenschaftler_innen und Expert_innen über den Klimawandel erzählt wird. Er würde die Treibhausgas-Emissionen massiv steigern, gerade dann, wenn wir sie massiv reduzieren müssten. Deswegen sind wir hier. Wir entschuldigen uns bei allen, denen wir den Tag versaut haben, und wir sagen nicht, dass jede_r, die oder der vorhat zu fliegen, ein schlechter Mensch ist. Es sind die, die häufig und unnötig fliegen, die den Bedarf für einen Ausbau schaffen. Wir können nicht länger die Augen vor den schrecklichen Konsequenzen verschließen, die es hat zu fliegen, als gäbe es kein Morgen“.

Der renommierte Guardian schreibt zum Flughafenausbau: „Just say no“.

Monika Lege, Hamburg
ROBIN WOOD Verkehrsreferentin
verkehr@robinwood.de

Welchen Einfluss haben Bunker Fuels auf die globale Klima(un)gerechtigkeit?

Wachstumskritik: Luftfahrt ist die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgas-Emissionen.

Konsummodus: Fliegen ist Teil eines ressourcenverschleudernden und klimabelastenden Lebensstils. Sehen wir Mobilität global, sind häufige und unnötige Flugreisen nach der „miles and more“-Logik die andere Seite von Flucht unter den Bedingungen existenzieller Armut.

Lobbyismus: Die internationale Organisation der Luftfahrt-Industrie, IATA, ist auch federführend in der UN-Sonderorganisation für zivile Luftfahrt, ICAO.

Klimaschulden: Eine Klimaabgabe auf Kohlendioxid-Äquivalente nach dem Verursacherprinzip durch die Fluggesellschaften an den Grünen Klimafonds würde dazu dienen, Verluste und Schäden durch den Klimawandel in nicht oder wenig industrialisierten Gesellschaften finanziell abzuschwächen.

Sektoraler Ansatz: Eine Zahlungspflicht für Fluggesellschaften in einen UN-Fonds würde erstmals direkt Unternehmen zur Verantwortung ziehen.

Beim Sommer-Camp 2014 aktiv gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens



Fotos: ROBIN WOOD

Einladung zum Sommercamp: Für Flughafenrückbau statt –ausbau!

Der Frankfurter Flughafen ist Ruhestörer und Klimakiller. Ein Ende des Ausbaus ist nicht in Sicht. Nach der NordWest-Landebahn droht jetzt das dritte Terminal. Die Baugenehmigung wurde im September 2014 erteilt. Schon vorher begann Fraport mit vorbereitenden Baumaßnahmen. Ende 2015 soll der Bau des neuen Terminals beginnen. Spätestens zur Inbetriebnahme soll ein zusätzlicher Autobahnanschluss fertig sein. Dafür soll der Treburer Oberwald gerodet werden.

Eine vielfältige Protestbewegung kann dem Flughafenausbau Einhalt gebieten. Hundertfünfzig Montagsdemos im Flughafen-terminal zeigen, dass Fraports Wachstumskurs auf Widerstand stößt. Das zweite Sommercamp im Treburer Wald macht klar, dass wir den Wald der Fraport nicht überlassen werden! Ob Jung oder Alt, aus dem Nachbarort oder von weiter her, ob für eine Stunde am Tag oder nachts im eigenen Zelt – stellen wir uns gemeinsam dem ungebremsen Flughafenausbau in den Weg!

Noch mehr Flieger?

2014 flogen 60 Millionen Passagiere ab Frankfurt. Das dritte Terminal soll die Abfertigung von 90 Millionen Passagieren am Boden ermöglichen. 30 Millionen – so groß ist das jährliche Passagieraufkommen der Flughäfen Köln und Düsseldorf zusammen! Mit dem Terminal 3 wäre die Steigerung der jährlichen Flugbewegungen von derzeit etwa 470.000 auf 701.000 möglich. Noch mehr Flugbewegungen und der Bau weiterer Start- und Landebahnen wären denkbar. Jeder zusätzliche Flieger heißt für die Region mehr Lärm und Abgase, mehr Stress, Krankheiten und vorzeitige Todesfälle.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland wies 2014 nach, dass 108.000 Flüge von und nach Frankfurt unter 600 Kilometern auf die Schiene verlagert werden könnten. 9,6 Millionen Reisende pro Jahr würden so vom Flugzeug in die Bahn umsteigen und trotzdem in weniger als fünf Stunden ihr Ziel erreichen.

Kein Gewinn für die Region!

Gewinn macht die Fraport vor allem mit Immobilien und im Einzelhandel. Terminal 3 ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Airport City: Geschäfte im Umland werden niederkonkurriert, die Region ökonomisch, verkehrlich und stadtplanerisch auf den Flughafen zugeschnitten. FRA ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, Deutschlands größter Abschiebeflughafen und ein Ort prekärer Arbeit. FRA kann nicht Mittelpunkt einer lebenswerten Region sein!

Kommen Sie am Sonntag, den 30. August 2015 in den Treburer Wald am Frankfurter Flughafen zum Kuchenstand, Schnupperklettern, Infos und Austausch rund um den Flughafen, um Wald und um Klimaschutz. Wir fordern einen sofortigen Baustopp! Kein Terminal 3!

Mehr Infos unter www.robinwood.delverkehr



Am Sonntag, den 30. August 2015 lädt ROBIN WOOD wieder ein: zum Kuchenstand, Schnupperklettern und Infos rund um den Frankfurter Flughafen, Wald und Klimaschutz

Wald statt Asphalt

Seit Gründung wurden für den Frankfurter Flughafen 2.245 Hektar Wald vernichtet. Öffentliche Flächen verschwinden hinter den Flughafenzäunen. Die Menschen verlieren den Wald als wirksamen Schallschutz und Klimaregulator. Noch mehr Flächen fressen die Logistikbranche und die Infrastruktur des Flughafens. So sollen an der Sehring am Langener Waldsee bei Walldorf über 60 Hektar Wald für den Kiesabbau fallen. Der Kies geht an die benachbarte Terminal 3-Baustelle.

Stagnierende Flugzahlen werden Terminal 3 nicht verhindern, denn Fraports Verkehrsprognosen jonglieren mit Fantasiazahlen. Fraports Ziel ist, mehr Flugverkehr zu schaffen und nach Frankfurt zu ziehen – und sei es, dass das Terminal 3 mit Billigfluglinien gefüllt wird. Das Terminal ist ein Immobiliengeschäft im Konkurrenzkampf mit anderen internationalen Drehkreuzen. Die Grünen haben alle für das Bauprojekt strategisch wichtigen Posten besetzt ohne Terminal 3 aufzuhalten. Sie schließen sich den Wortbrüchigen an, die den Flughafenausbau seit Jahrzehnten ermöglichen. „Lärmpausen“ genannte Lärmverschiebungen sind Augenwischerei, ebenso die Gutachten des Hessischen Wirtschaftsministeriums zum Ausbau von Terminal 1 an Stelle des Baus eines dritten Terminals. Denn die Entscheidung wird der Fraport AG überlassen.

Atomtransporte auch vor Deiner Haustür?



Trotz des von der Bundesregierung beschlossenen „Atomausstiegs“ rollen unzählige geheime Atomtransporte durch Deutschland. Denn auch hierzulande laufen immer noch acht Atomkraftwerke sowie die Atomanlagen in Gronau und Lingen. Die Castor-Transporte nach Gorleben waren nur die Spitze des Eisbergs.

Fast täglich fahren Atomtransporte durch das Land, die meisten unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Transportiert werden gefährliche radioaktive Stoffe wie Uran in Form von Uranerzkonzentrat und Uranhexafluorid, außerdem bestrahlte und unbestrahlte Brennelemente, hoch-, mittel- und schwachradioaktive Abfälle sowie radioaktiv kontaminierte Großkomponenten. In Deutschland steht ein Großteil der Transporte in Zusammenhang mit der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau und der Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen. Beide Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung und exportieren angereichertes Uran oder Brennstäbe über die Häfen Hamburg und Rostock in alle Welt.

Der lange Weg des Urans quer durch Deutschland und Europa

Bevor die Brennelemente für Atomkraftwerke produziert werden können, muss das radioaktive Uran in mehreren Verarbeitungsschritten in weltweit verstreuten Spezialfabriken verarbeitet werden. Dafür wird es kreuz und quer durch verschiedene Länder transportiert.

Uran wird in weit entfernten Ländern wie Kasachstan, Kanada, Namibia oder Australien abgebaut. Dabei fallen große Mengen Abraum an, radioaktives Radon wird frei, von dem die BergarbeiterInnen Lungenkrebs bekommen können. Das dabei gewonnene Uranerzkonzentrat wird per Schiff u.a. zum Hamburger Hafen transportiert und von dort aus in Güterzügen über Bremen, Osnabrück, Münster, Hamm, Köln-Bonn, Koblenz und Trier zur Urankonversion nach Südfrankreich gebracht, wo es in mehreren Schritten zu Uranhexafluorid weiterverarbeitet wird. Danach geht ein Teil wieder nach Deutschland zur Urananreicherungsanlage in Gronau (NRW) zurück.

Das angereicherte Uranhexafluorid wird dann zu Brennelement-Fabriken im niedersächsischen Lingen oder in Schweden transportiert. Die fertigen Brennelemente werden zu Atomkraftwerken u.a. in Deutschland, Frankreich und der Schweiz geliefert, wo sie drei bis vier Jahre im Reaktor als Brennstoff genutzt werden.

Was passiert bei einem Unfall?

Die Transporte mit Uranhexafluorid (UF6) bergen das höchste Gefahrenpotential. Die Transportbehälter können z.B. bei Aufprallunfällen kaputt gehen. Dann bildet sich zusammen mit Luftfeuchtigkeit Flusssäure, die zu tödlichen Verätzungen führen kann.

Auch ein Angriff terroristischer Gruppen auf einen Transport von UF6 mittels Sprengstoff oder Hochladungsgeschossen hätte in der Umgebung katastrophale Folgen.

Es gibt keine sichere Entsorgung!

Nach dem Einsatz im AKW strahlen Brennelemente noch so stark, dass sie mehrere Jahre unter Wasser abklingen müssen, bevor sie in Castoren trocken gelagert werden können. An deutschen AKWs werden die Castoren erst mal 40 Jahre lang in Zwischenlagern aufbewahrt. Ein Endlager für die abgebrannten Brennelemente gibt es bis heute nicht. ExpertInnen haben vor dem Umweltausschuss des Bundestags einhellig festgestellt, dass es auch in 40 Jahren in Deutschland noch keines geben wird. Niemand weiß, was in 40 Jahren mit dem hochradioaktiven Atommüll passieren wird.

Anti-Atom-Gruppen und ROBIN WOOD rufen dazu auf, den nächsten Transport mit Uranerzkonzentrat, der ab dem 12. September 2015 im Hamburger Hafen ankommen wird, mit Aktionen entlang der Strecke zu begleiten. Am Sonntag, 13. September wird es zum Auftakt ab Hamburg-Wilhelmsburg eine Demonstration entlang der Strecke geben. Im Vorfeld wird ROBIN WOOD von Mitte August bis Mitte September mit Vorträgen und Infoständen auf die Transporte aufmerksam machen.

ROBIN WOOD informiert:

Gemeinsame Aktionsgemeinschaft für Natur und Umwelt e. V.

ATOMTRANSPORTE AUCH VOR DEINER HAUSTÜR?



Unter dem Motto „Atomtransporte – auch vor Deiner Haustür?“ plant ROBIN WOOD gemeinsam mit Anti-Atom-Initiativen eine Vortrags- und Aktionstour durch Städte entlang der Transportstrecke von Hamburg zu den Atomanlagen in NRW und Frankreich. Koordiniert wird die Tour von Tobias Darge, ROBIN WOOD. Wenn Sie mehr darüber erfahren oder Tobias Darge zu einem Vortrag einladen möchten, melden Sie sich bitte! Kontakt: tobias.darge@robinwood.de, Tel.: 0176 24249815.

Machen Sie auch mit beim ROBIN WOOD-Online-Protest gegen Atomtransporte durch den Hamburger Hafen! Reinklicken unter: www.robinwood.de.

13 Jahre im drit

Ein Bilderbuch für

ROBIN

Foto: Andy Wright, iLCP, supporting Sierra Club BC's No Tanker Campaign

Für Menschen,
die unsere Kampagnen und Aktionen
noch nicht so gut kennen wie unsere Aktiven, unser Team
und unsere Förderinnen und Förderer

ten Jahrtausend

Interessierte von

WOOD

haben wir jetzt
einen neuen digitalen Bildband!
Sichern Sie sich Ihr Exemplar und
rufen uns einfach an:

Tel.: 0421 59828-8



Foto: ausgestrahlt/Bente Stachowske

.ausgestrahlt Aktive fordern:
Gorleben als Endlager stoppen!

Foulspiel

Die Atommüll-Kommission steuert zielstrebig auf Gorleben zu

Stell Dir vor, jemand lädt Dich zu einem Fußballspiel ein. Die gegnerische Mannschaft besteht aus elf erfahrenen Spielern und stellt zudem den Schiedsrichter. Du darfst nur zu zweit antreten und Euch beiden werden vor dem Spiel die Beine aneinandergebunden. Wahrscheinlich würdest Du sagen: „Das ist nicht fair, da mache ich nicht mit.“ Die anderen schelten Dich dann aber als Spielverderber.

Eine absurde Geschichte? Nicht in der Auseinandersetzung um Atommüll. Denn da hat sich jüngst genau so etwas abgespielt: Seit Jahrzehnten gibt es einen hoch eskalierten gesellschaftlichen Konflikt um die Lagerung von radioaktiven Stoffen. Es ist in erster Linie ein Konflikt zwischen Regierenden, egal welcher Couleur, und Regierten. Die Regierten haben sich in Bürgerinitiativen und Umweltverbänden zusammengeschlossen, um sich besser gegen willkürliche staatliche Entscheidungen wehren zu können. Nun hat die Seite der

Regierenden aus Bund und Ländern ohne Beteiligung der anderen Konfliktpartei ein Verfahren ausgehandelt und als Endlager-suchgesetz 2013 beschlossen, angeblich um den Streit zu überwinden.

Teil des Verfahrens ist die Atommüll-Kommission, die aus 34 Personen besteht. Zwei Plätze gibt es dort für VertreterInnen von Umweltverbänden. Ansonsten sitzen da 19 PolitikerInnen aus Bund und Ländern, fünf VertreterInnen der Atomwirtschaft, viele davon Gorleben-Fans. Die beiden Vorsitzenden, die die Sitzungen moderieren, sind ehemalige StaatssekretärInnen aus dem Umweltministerium. Die Kommission entscheidet mit Zwei-Drittel-Mehrheit, kann also kritische Stimmen übergehen.

Die überwiegende Mehrheit der mit dem Thema Atommüll befassten Bürgerinitiativen und Umweltverbände hat sich deshalb dagegen entschieden, einen der beiden „Umwelt“-Plätze in der Kom-

mission einzunehmen – und wurden tatsächlich sofort als „Spielverderber“ und verantwortungslos gebrandmarkt. Schließlich haben die Parteien dann doch noch zwei Organisationen gefunden, in denen sie selbst so viel Einfluss haben, dass sich deren Mitmachen in der Kommission durchsetzen ließ: die Deutsche Umweltstiftung und der BUND. Nach mehr als einem Jahr Kommissions-Arbeit ist inzwischen absehbar, dass sich die vorher aus der Anti-Atom-Bewegung formulierten Befürchtungen bestätigen – sowohl bezogen darauf, was die Kommission macht als auch darauf, was sie nicht macht.

Was macht die Kommission nicht?

Während bei den Berliner Sitzungen über die Atommüll-Lagerung zwischen dem 22. und dem 10.022. Jahrhundert gesprochen wird, macht sich keine/r Gedanken darüber, was mit den strahlenden

Stoffen aus der Atomwirtschaft im 21. Jahrhundert passieren soll. Derzeit lagert der hochradioaktive Müll an 17 Standorten in Deutschland. Die Lagerung in Castor-Behältern ist für 40 Jahre zugelassen. Davon sind schon 20 Jahre um. Zudem ist seit dem Urteil über das Zwischenlager Brunsbüttel klar, dass die Hallen nicht gegen Flugzeugabstürze und Beschuss mit panzerbrechenden Waffen gesichert sind. Denn an allen anderen Standorten sind sie baugleich oder sogar instabiler als in Brunsbüttel.

Während PolitikerInnen in der Kommission Sonntagsreden über die Beteiligung der BürgerInnen halten und die gemeinsame Verantwortung für den Atommüll betonen, hat sich in ihrem tatsächlichen Regierungshandeln nichts geändert. Der NRW-Wirtschaftsminister Duin (SPD) beispielsweise hat die Atomaufsicht über die 152 Castor-Behälter in Jülich, die – wenn es nach der Bundesregierung gehen soll – in die USA exportiert werden, obwohl dies gesetzlich untersagt ist. Mitsprache der Betroffenen ist bei Duin nicht vorgesehen, ja er informiert die Öffentlichkeit nur häppchenweise. Von Transparenz keine Spur.

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) redet die Gefahren beim Abriss von abgeschalteten AKW klein und reduziert die Beteiligung der BürgerInnen auf das gesetzliche Minimum. Sein grüner Kollege Robert Habeck aus Schleswig-Holstein begründet die eingeschränkte Freigabe von Akten zu den Abrissplänen in Brunsbüttel damit, dass er die Betroffenen nicht überfordern wolle.

Am deutlichsten wird der Unterschied zwischen dem in der Kommission postulierten Anspruch und der traurigen politischen Realität beim Streit um die 26 Castor-Behälter, die noch aus den Plutoniumfabriken in Sellafield (GB) und La Hague (F) zurückkommen sollen. Bund und Länder hatten sich 2013 darauf verständigt, dass der hochradioaktive Atommüll aus dem Ausland nicht mehr nach Gorleben rollen soll, sondern auf Zwischenlager in verschiedenen Bundesländern aufgeteilt wird. Doch bis heute konnte keine Einigkeit darüber erzielt werden, wohin die Castoren ab 2017 transportiert werden.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat zwei Jahre lang versucht, ausreichend Bundesländer zu finden, die ihre Zusage einhalten. Das ist nicht gelungen. Schließlich hat sie einfach vier Standorte festgelegt, nämlich Brokdorf (Schleswig-Holstein), Biblis (Hessen), Philippsburg (Baden-Württemberg) und Ohu (Bayern). Doch auch das ging gründlich daneben, weil Bayern sich darüber empörte, in die Entscheidung nicht einbezogen gewesen zu sein. Daraufhin verdonnerten Merkel, Gabriel und Seehofer die Ministerin dazu, erneut mit den Ländern zu verhandeln – eine unendliche Geschichte. Dabei geht es nur um 26 Castoren. Wie wird es dann erst um den angeblichen „Bund-Länder-Konsens“ bestellt sein, wenn es um die 1.900 Behälter mit hochradioaktivem Müll geht, die dereinst in einem Langzeit-Lager untergebracht werden sollen?

Was macht die Kommission?

Drei Arbeitsgruppen gibt es: eine für das Thema Öffentlichkeitsbeteiligung, eine für die Überarbeitung des 2013 beschlossenen Gesetzes und schließlich eine, die sich mit den unterschiedlichen Lagerungsmethoden und mit Kriterien für die Standortsuche befasst.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung scheitert aus zwei Gründen: Zum einen ist die Anti-Atom-Bewegung unter den gegebenen Bedingungen nicht bereit, der Kommission zuzuarbeiten und als Feigenblatt zu dienen: Die Kommission überhört geflissentlich die ja durchaus bekannten Einwände der AtomkraftgegnerInnen. Sie ist zudem nicht bereit, die Vergangenheit aufzuarbeiten. In der Runde werden die wenigen kritischen Stimmen bisher meist überstimmt. Die Gorleben-Fans am Tisch geben keinen Millimeter nach. Und am Ende zählt eine Zweidrittelmehrheit. Schließlich muss das Ergebnis vom Bundestag noch nicht einmal übernommen werden. Nicht umsonst bezeichnet Kanzleramtsminister Peter Altmaier die Kommission als „Ehrenrunde“. Da kommt man bekanntlich am Ende genau dort raus, wo man losgelaufen ist, also in Gorleben.

Nun fehlen aber nicht nur die bisherigen KonfliktgegnerInnen am Tisch, sondern auch die zukünftigen. Denn die

Kommission scheut die Einladung von Menschen aus potentiell betroffenen Regionen, weil sie keine Unruhe stiften will. Dabei übersieht sie, dass es genau diese Betroffenheit und Unruhe braucht, damit Menschen sich einmischen. Wer also echte Beteiligung und Mitbestimmung will, muss den Mut haben, den möglicherweise Betroffenen reinen Wein einzuschenken. Wer das nicht wagt, wird es am Ende mit Standortregionen zu tun bekommen, die alleine schon darüber empört sind, dass sie bei der Entwicklung des Suchverfahrens und der Suchkriterien nicht einbezogen wurden.

Die Arbeitsgruppe 2 war mit dem Vorsatz angetreten, eine schnelle Evaluation des Endlagersuchgesetzes zu machen und dem Bundestag zügig vorzulegen, um die Rahmenbedingungen für die Kommissions-Arbeit kurzfristig zu verbessern. Davon ist schon längst keine Rede mehr. Im Gegenteil: Immer öfter werden Vorschläge in der Kommission mit der Begründung abgebügelt, das sei aufgrund des bestehenden Gesetzes nicht möglich. Dabei sollte die Kommission eigentlich das Gesetz prägen und nicht das Gesetz die Kommission.

Derweil werden in der dritten AG Fakten geschaffen: Als präferierte Lagerungsmethode wurde dort die geologische Tiefenlagerung in Bergwerken festgelegt. Das gleiche Konzept, das bisher immer als „nicht rückholbare Lagerung“ bezeichnet wurde, hat nun einfach das Etikett „rückholbar“ bekommen, um der durch das Asse-Desaster ausgelösten Diskussion zu entgehen. Außerdem versucht die AG die Kriterien für die Standortauswahl so zu stricken, dass die schwerwiegenden geologischen Mängel des Salzstocks Gorleben kaum noch eine Rolle spielen. Wenn sie damit durchkommt, dann ist endgültig klar, worum es bei dem ganzen Schauspiel geht, das die Atommüll-Kommission veranstaltet: Sie soll eine neue Legitimation für einen geologisch ungeeigneten und politisch nicht durchsetzbaren Standort aufbauen.

Jochen Stay ist Sprecher der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt und hat bisher fast alle Kommissions-Sitzungen von den Zuschauerplätzen beobachtet und auf Twitter kommentiert.



Fotos: Andreas Conradt/publixviewinG

20. Juni 2015, Berlin: Vor dem Treffen des „Bürgerdialogs Standortsuche“ protestieren Aktive der Anti-AKW-Bewegung

„Endlager“ gesucht

Die Suche nach einem „Endlager“ für den hoch radioaktiven Atommüll geht weiter. Aber die Institutionen und Akteure, die auf der Suche sind, haben sich verändert. Das enge Netzwerk aus Staat, Atomwirtschaft und Teilen der Wissenschaft, das über Jahrzehnte hinweg Bestandteil des nuklear-industriellen Komplexes war, löst sich auf: Es entstehen neue Kooperationsangebote und Konflikte, durch die sich auch das Verhältnis zwischen Staat und Anti-Atom-Bewegung verändert. Dabei zeigt sich, dass es in der „Endlagerfrage“ um weit mehr geht als um den Standort Gorleben – dem symbolischen Ort der Anti-Atom-Bewegung.

Vor allem die Anti-Atom-Bewegung war es, die unablässig zum verantwortlichen Umgang mit dem Atommüll mobilisierte. Nun kommt auch aus der EU Handlungsdruck. Entsprechend der EU-Richtlinie 2011/70/Euratom sollen alle EU-Mitgliedstaaten bis zum 23. August 2015 einen nationalen Plan zum Umgang mit den hoch radioaktiven Abfällen entwerfen.

Das vom Bundestag 2013 beschlossene „Standortauswahlgesetzes“ (StandAG) stellt in weiten Teilen eine Umsetzung der Forderungen dieser Richtlinie dar. Darüber hinaus besteht für die Regierung mit dem sogenannten Atomausstieg eine günstige Gelegenheit, um den jahrzehntelangen Konflikt um die Nutzung der Atomener-

gie, in dem die „Endlagerung“ zu einem Schlüsselkonflikt wurde, zu „befrieden“.

Der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier erklärte zum Inkrafttreten des StandAG: „Das Zustandekommen des Gesetzes unterstreicht eindrucksvoll die Funktionsfähigkeit des demokratischen Grundkonsenses in Deutschland.“ Bei der Suche nach einem „Endlager“ ist für die staatlichen Institutionen folglich nicht nur die möglichst sichere Einlagerung der hoch radioaktiven Abfälle von Bedeutung, sondern auch das Rückgewinnen von Handlungskompetenz auf einem hochpolitisierten Konfliktterrain. Im Rahmen des neu ins Leben gerufenen Bundesamtes für kerntechnische Entsor-

gung (BfE) und der Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ durch den Bundestag in den Jahren 2013/2014 versucht die Bundesregierung ihre Diskurshoheit über den Umgang mit hoch radioaktivem Atommüll, die stark von den Auseinandersetzungen um Gorleben geprägt war, wiederzuerlangen – dabei verläuft der Diskussionsprozess bisher unter staatlichen Vorgaben. Auch der Endlager-Kommission gelingt es nicht, anspruchsvolle partizipative Elemente in das Verfahren einzufügen. Das „Bürgerforum“, das Anfang 2015 initiiert wurde, bezeichnete Jörg Sommer, ein Mitglied der Kommission, als ersten Schritt – nur in die falsche Richtung. Die Endlager-Kommission kann als ein Lehrstück über die Macht des Diskurses begriffen werden – über das, „worüber wir eigentlich reden“ aber auch, wo die Grenzziehung des Diskurses verläuft und

Fußnote: Die Sicherheit einer Lagerstätte kann für den Zeitraum von hunderttausenden Jahren nicht garantiert werden – das Problem wird also nie vollständig und zufriedenstellend gelöst werden können. Daher verwenden wir die Begriffe „Endlagerung“ und „Entsorgung“ mit Anführungszeichen oder sprechen von der Einlagerung des Atommülls.

worüber wir „nicht reden“. Ein Beispiel: Das StandAG grenzt die Debatte auf „Wärme entwickelnde“ radioaktive Reststoffe ein – eine international unüblichen Kategorie für hoch aktive Abfälle. Damit wird die Kontinuität der bisherigen „Endlager“-Politik in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, denn nur im genehmigten „Endlager“ Schacht Konrad können „nicht Wärme entwickelnde“ radioaktive Reststoffe eingelagert werden.

Die Anti-Atom-Bewegung: Vom Protest zur Kooperation?

Die Anti-Atom-Bewegung versuchte in ihrer Herbstkampagne 2014, diese Diskurshoheit aufzubrechen. Sie verwies darauf, dass es „tausende Atommüllprobleme“ gäbe – und nicht nur ein Problem hoch radioaktiver Abfälle. Die Bewegung setzte jahrelang auf die Strategie des „Flaschenhalses“: Die Müllmenge müsse bei fehlendem „Endlager“ nur groß genug werden, dann müssten die Atomkraftwerke zwangsläufig abgeschaltet werden. Mit dem sogenannten Atomausstieg scheinen nun viele (nicht alle) zentrale Forderungen erfüllt und die Anti-Atom-Bewegung ist mit der Notwendigkeit einer Neu-Positionierung konfrontiert.

Eine Mobilisierung gegen die Einlagerung wird grundsätzlich kaum möglich sein. „Irgendwo muss das Zeug einfach hin“, brachte Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann das Problem auf den Punkt. Gorleben war stets der geografische Ort der kollektiven

Identität und somit von verbindender Symbolkraft für die Bewegung, die trotz vielfältiger innerer Differenzen gemeinsam ein „Dagegen“ zelebrieren kann. Die Diskussion der Frage des Umgangs mit den radioaktiven Reststoffen zielt hingegen auf ein gesellschaftliches „Dafür“, das innerhalb der Anti-Atom-Bewegung für Auseinandersetzungen sorgt. Bei der Debatte um die Mitarbeit in der Endlager-Kommission hat sich dies bereits gezeigt. Der Deutsche Naturschutz Ring (DNR), der selbst eine institutionelle Förderung des Bundesumweltministeriums erhält, hat mit Vertretern des BUND und der Deutschen Umweltstiftung – gegen Proteste weiter Teile der Bewegung – zumindest zwei Mitglieder der Kommission benannt.

Doch auch jenseits der internen Debatten erhält die Protestbewegung „Konkurrenz“. Kommunen, in deren Nähe sich standortnahe Zwischenlager des Atommülls an den AKW befinden, bringen sich mit Nachdruck in die politische Debatte ein. ASKETA, die Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen in Deutschland, warnt etwa davor, die Zwischenlager in Gorleben und Ahaus zu räumen, und die dort eingelagerten Castor-Behälter an die jeweiligen Herkunfts-Standorte zurückbringen zu wollen: „Damit wird ein noch nie dagewesener Widerstand quer durch und faktisch in ganz Deutschland nicht nur in Kauf genommen, sondern geradezu mobilisiert!“. Die Ankündigung zivilen Ungehorsams kommt somit nun

aus jenen Kommunen, die jahrelang von den Steuereinnahmen der AKW und durch die Arbeitsplätze profitierten. Dort ändert sich die Kosten-Nutzen-Risiko-Abwägung und mündet in neuen Konfliktlagen.

Für die Anti-Atom-Bewegung ist hingegen heute schon die Ressourcenfrage relevant, sie kann nicht mehr oder nur noch in geringerem Maße aus der Mobilisierung gegen die Atomenergie erfolgen. Sie wird partiell durch die institutionelle und finanzielle Unterstützung des Staates ersetzt, was nicht identisch mit einer politisch-inhaltlichen Annäherung sein muss. Eine solche staatliche Finanzierung ist im Übrigen auch die gängige Praxis bei der Standortsuche in einigen anderen Ländern.

Nicht nur die Institutionenlandschaft verändert sich, auch die Konflikte, die dort ausgetragen werden. Längst wurde auch deutlich, dass die Anti-Atom-Bewegung weiterhin eine ernst zu nehmende Akteurin bleiben wird. In diesem neuen Umfeld könnten staatliche Akteure Interesse an einem Tauschgeschäft mit der Bewegung haben: Mitsprache und Ressourcen gegen Nicht-Proteste. Der Grund liegt auf der Hand: Die Anti-Atom-Bewegung kann hinreichendes Störpotential aufbringen, um die Standortsuche schwierig zu gestalten, wenn nicht gar scheitern zu lassen. Anders gesagt: Einen gesellschaftlichen Frieden wird es nur mit der Bewegung geben, nicht gegen sie.

Dr. Achim Brunnengräber ist Privatdozent an der FU Berlin. Daniel Häfner, M.A., ist Lehrbeauftragter an der BTU Cottbus und war bis Ende März 2015 Mitglied des Vorstandes von ROBIN WOOD. Beide arbeiten am Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der FU Berlin im Projekt „International vergleichende Analyse von Endlagerungs-Governance im Mehrebenen-System unter besonderer Berücksichtigung von Akteuren, Politikinstrumenten und Institutionen“ im Rahmen von ENTRIA. Kontakt: www.polsoz.fu-berlin.de/entria



„Bürgerdialog Standortsuche“ am runden Tisch: „Erster Schritt in die falsche Richtung“

Quellenverzeichnis: „Endlager“ gesucht

ASKETA (2012): Standortgemeinden sind Spielbälle einer populistischen Energiepolitik, Pressemitteilung ASKETA, 20.03.2012, im Internet: http://revista.delasketa%E2%80%99Estandortgemeinden-sind-spielballe-einer-populistischen-energiepolitik/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=asketa%25e2%2580%259estandortgemeinden-sind-spielballe-einer-populistischen-energiepolitik [01.10.2014]

Brunnengräber, Achim (2013): Die Anti-AKW-Bewegung im Wandel. Neue Herausforderungen durch die Endlagersuche für radioaktive Abfälle, in: *Forschungsjournal NSB-Plus*, im Internet: <http://forschungsjournal.de/node/2036> [21.03.2015]

Brunnengräber, Achim; Hocke, Peter (2014): Bewegung Pro-Endlager? Zum soziotechnischen Umgang mit hochradioaktiven Reststoffen, in: *Forschungsjournal NSB*, 27 Jg., Heft 4, 2014, S. 59-70

Brunnengräber, Achim; Häfner, Daniel (2015): Herrschaftsverhältnisse in der Mehrebenen-Governance der nuklearen Entsorgung. In: „Macht und Wandel in der Umweltpolitik“, Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft (in Vorbereitung)

Brunnengräber, Achim; Isidoro Losada, Ana Maria; Di Nucci, Rosaria; Mez, Lutz; Schreurs, Miranda (Hrsg.) (2015): *Nuclear Waste Governance - An International Comparison*. Berlin: Springer VS

Bundesministerium für Umwelt (BMU) (2013): Standortauswahlgesetz tritt in Kraft, Pressemitteilung Nr. 112/13, Berlin, 26.07.2013. www.bmu.de/NS0250 [10.03.2014]

Foucault, Michel (2012): *Die Ordnung des Diskurses*, 12. Auflage, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag

Häfner, Daniel (2014): Das Standortauswahlgesetz und die Anti-AKW-Bewegung, *Forschungsjournal NSB* 04/2014

o.A. (2011a): Bund und Länder gehen deutschlandweit auf Endlagersuche, *Fokus*, 11.11.2011, im Internet: http://www.fokus.de/politik/deutschland/atommuell-bund-und-laender-gehen-deutschlandweit-auf-endlagersuche_aid_683329.html [01.10.2014]

Roßnagel, Alexander; Hentschel, Anja (2013): Kurzgutachten Verbringung in Deutschland erzeugter radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente ins Ausland im Auftrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, April 2013, Kassel, im Internet: http://kottling-uhl.de/site/wp-content/uploads/2013/04/gutachen_zur_verbringung_radioaktiver_abfaelle.pdf [01.03.2015]

Schönberger, Ursula (2013): *Atommüll – Eine Bestandsaufnahme für die Bundesrepublik Deutschland*. Sorgenbericht der Atommüllkonferenz, Eigenverlag, Braunschweig

Sommer, Jörg (2015): Das „Bürgerforum“: Ein erster Schritt - nur in die falsche Richtung, Blogbeitrag, 5. März 2015, im Internet: <http://antiatomblog.blogspot.de/2015/03/das-burgerforum-ein-erster-schritt-nur.html> [21.03.2015]



Fotos: Jaschke, privat

Der rote Pfeil weist auf den Abluftkamin des Atomreaktors in Wannsee mitten im Wohngebiet

Atomreaktor Wannsee

Alles im grünen Bereich?

Berlin-Wannsee ist eine Insel, nur über Brücken erreichbar. Es gibt viel Wasser und viel Grün. Da fällt er kaum ins Auge, der Abluftkamin. Wer dorthin will, den lässt die Adresse vielleicht stutzen: Helmholtz-Zentrum Berlin, Hahn-Meitner-Platz 1. Das hat doch was mit Atom zu tun! Zaun mit Stacheldraht um das Gelände, Kameras auf den Zaunpfählen. Mittendrin steht der Forschungsreaktor, zu dem der Kamin gehört. 10 Megawatt thermische Leistung – aber die Wärme wird nicht genutzt, sie heizt nur die Atmosphäre auf.

Seit 1958 gibt es auf diesem Gelände einen Atomreaktor. Zunächst mit nur 50 Kilowatt Leistung und doch das Herzstück des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung. Zu verdanken ist er dem damaligen Leiter des zuständigen Bundesministeriums für Atomfragen, Franz-Josef Strauß. Das Projekt wurde von den USA wohlwollend begleitet. Zu der Zeit war Berlin entmilitarisierte Zone, aber Atomforschung durfte sein. Dieser Reaktor hieß BER: Berliner Experimentierreaktor. Das Uran war als Salz in Wasser gelöst. Er war sehr störanfällig

und nachdem er einmal völlig außer Kontrolle geraten war, legte man ihn still. Die strahlende Brühe wurde per Flieger nach Mol in Belgien geschafft, der Rest auf dem Gelände beerdigt.

Im Dezember 1973 ging der zweite Reaktor, der BER II, in Betrieb. Er hatte schon eine Leistung von fünf Megawatt. Diesmal war es ein Schwimmbad-Reaktor: Der feste Reaktorkern mit sog. Materialtestbrennstäben hängt in einem Wasserbecken, das nach oben offen ist. Die radioaktive Hallenluft gelangt über den hohen Abluftkamin in die Umgebung. Filter werden nur im Störfall zugeschaltet. Die ins Auge fallende hohe Krebsrate unter den AnwohnerInnen ist so leicht zu erklären. Aber da eine detaillierte Untersuchung der Krebshäufigkeit in der nächsten Umgebung immer wieder abgelehnt wurde, ist offiziell alles okay. Das Reaktorbecken ist seither nicht erneuert worden. Es ist durch eine Wand geteilt, eine Hälfte enthält den Kern, die andere ist das Abklingbecken, das zur Aufnahme der heißen abgebrannten Brennstäbe

dient. Wenn diese so weit abgekühlt sind, dass sie entnommen werden können, werden sie in das Umsetzbecken unterhalb der Experimentierhalle, die sich direkt an das Reaktorbecken anschließt, überführt. Die Brennstäbe im Umsetzbecken müssen weiterhin aktiv gekühlt werden.

An drei Stellen befinden sich also hoch radioaktive Brennstäbe: im Arbeitsbecken, im Abklingbecken und im Umsetzbecken. Das Dach des Reaktorgebäudes ist lediglich gegen Schneelasten ausgelegt: Flugzeugabstürze und terroristische Angriffe sollten nicht vorkommen.

200 Gramm Plutonium im Jahr

Der jetzige Reaktor heißt zwar immer noch BER II, aber er unterscheidet sich in drei wesentlichen Punkten vom ursprünglichen BER II: 1991 wurde die Leistung auf 10 Megawatt verdoppelt. Zudem wurde ein hochgefährliches Teil eingebaut, das Konische Strahlrohr, auch Kalte Quelle genannt. Diese Kalte Quelle dient



dazu, die aus dem Reaktorkern austretenden Neutronen so weit abzubremsen, dass sie zur Untersuchung von Materialien besonders gut brauchbar sind. Man könnte meinen: besser eine Kalte Quelle als eine Heiße.

Das Problem ist allerdings: Zum Kühlen dient tiefkalter Wasserstoff, der unter Druck steht. Er wird sehr nah an den heißen Reaktorkern herangeführt – dabei wird dem Material einiges zugemutet. Es sollten höchste Maßstäbe an seine Verdichtung gestellt werden, seine Druckfestigkeit muss über jeden Zweifel erhaben sein.

Beides ist seit 2012 nicht mehr der Fall: Bei der fälligen Erneuerung des Konischen Strahlrohrs wurde vom ersten Rohr übrig gebliebenes Material verwendet, für das es damals schon nur eine Ausnahmegenehmigung des TÜV gegeben hatte. Man entschied sich nicht für eine nachträgliche Verdichtung des Materials, wie es mittlerweile etwa für Rennwagenmotoren üblich ist, und statt der im Sicherheitsbericht vorgesehenen Prüfung auf 30 bar begnügte man sich mit 5 bar.

Dritter Unterschied: Heute wird mit niedrig angereichertem Uran gearbeitet. Niedrig ist relativ: Man benutzt auf 19,75 % angereichertes Uran-235. Ab 20 % wäre es hoch angereichert. Leistungsreaktoren arbeiten übrigens mit einer Anreicherung zwischen 3 und 5 %. Durch die Umstellung auf das niedrig angereicherte Uran verbleiben die Brennstäbe länger im Kern und dadurch entstehen deutlich mehr Transurane, also auch mehr Plutonium: Waren es vor der Umstellung 10 Gramm pro Jahr, so sind es jetzt 200 Gramm. Und abtransportiert wird nur etwa alle vier Jahre.

Und wozu das ganze Theater? Zur Untersuchung alter Gemälde, Knochen, Sauriereier? Um bessere Solarzellen zu entwickeln? Und jetzt noch für 21 Millionen der angeschlossene Hochfeldmagnet, der stärkste der Welt für Neutronenstreuung? Hohe Magnetfelder? Die nutzt man doch bei der Fusionstechnologie. Wollte Deutschland nicht aus der Atomkraft aussteigen? Man höre und staune: Kernfusion ist für die Helmholtz-Gemeinschaft eine Möglichkeit, langfristig zu einer neuen Energiequelle zu gelangen: nachhaltig, dauerhaft und klimaneutral! Na, auf jeden Fall lässt sie sich militärisch

nutzen. Das Helmholtz-Zentrum Berlin hat beste Verbindungen zu Atomwaffenschmieden in den USA: Los Alamos und Oak Ridge National Laboratory – dabei wird aber bloß Grundlagenforschung betrieben, beruhigt uns die Bundesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage.

Stillstand

Hin und wieder war der Reaktor außer Betrieb. Besonders lang während des Ersatzes des Konischen Strahlrohrs, von Oktober 2010 bis März 2012, dann auch von November 2013 bis Februar 2015, aufgrund größer werdender Risse in einer Schweißnaht an einem Rohr, durch das erhitztes Wasser vom Reaktorkern abgeleitet wird. Da wegen der mittlerweile eingetretenen Spröde des Materials nicht nachgeschweißt werden konnte, hat man die Schweißnaht entfernt. Dadurch sind beide Beckenteile nicht mehr dicht voneinander zu trennen, was im Sicherheitsbericht für den Fall einer Undichtigkeit im Reaktorbecken vorgesehen war. Damit das Rohr ohne die Schweißnaht nicht hin und her schlackert und vielleicht Teile in den Reaktorkern fallen, wurde ein Gestell ins Absetzbecken eingebaut – und alles ist paletti.

Und der Katastrophenschutz?

Das Anti-Atom-Bündnis Berlin und Potsdam, das sich die Schließung des Reaktors zum Ziel gesetzt hat, lud im März 2015 gemeinsam mit IPPNW Berlin und den Naturfreunden zu einem Infoabend zum Katastrophenschutz in den Bürger-saal des Rathauses Zehlendorf ein. Zu der gut besuchten Veranstaltung schickte die Berliner Verwaltung keinen Vertreter und keine Vertreterin. Der Platz des Landesbranddirektors blieb leer. So blieb den Einladenden nichts anderes übrig, als selber über den nicht funktionierenden Katastrophenschutz zu berichten. Das Helmholtz-Zentrum Berlin brauchte nicht angefragt zu werden: Es verbietet seinen MitarbeiterInnen, sich öffentlich zum Reaktor zu äußern. Selbst seine Abteilung Kommunikation bleibt grundsätzlich öffentlichen Foren fern. Der Aufsichtsrat des Helmholtz-Zentrum hat am 25. Juni 2013 beschlossen den Reaktor Ende 2019 abzuschalten. Das



Der Reaktor, BER II, soll noch weitere viereinhalb Jahre laufen

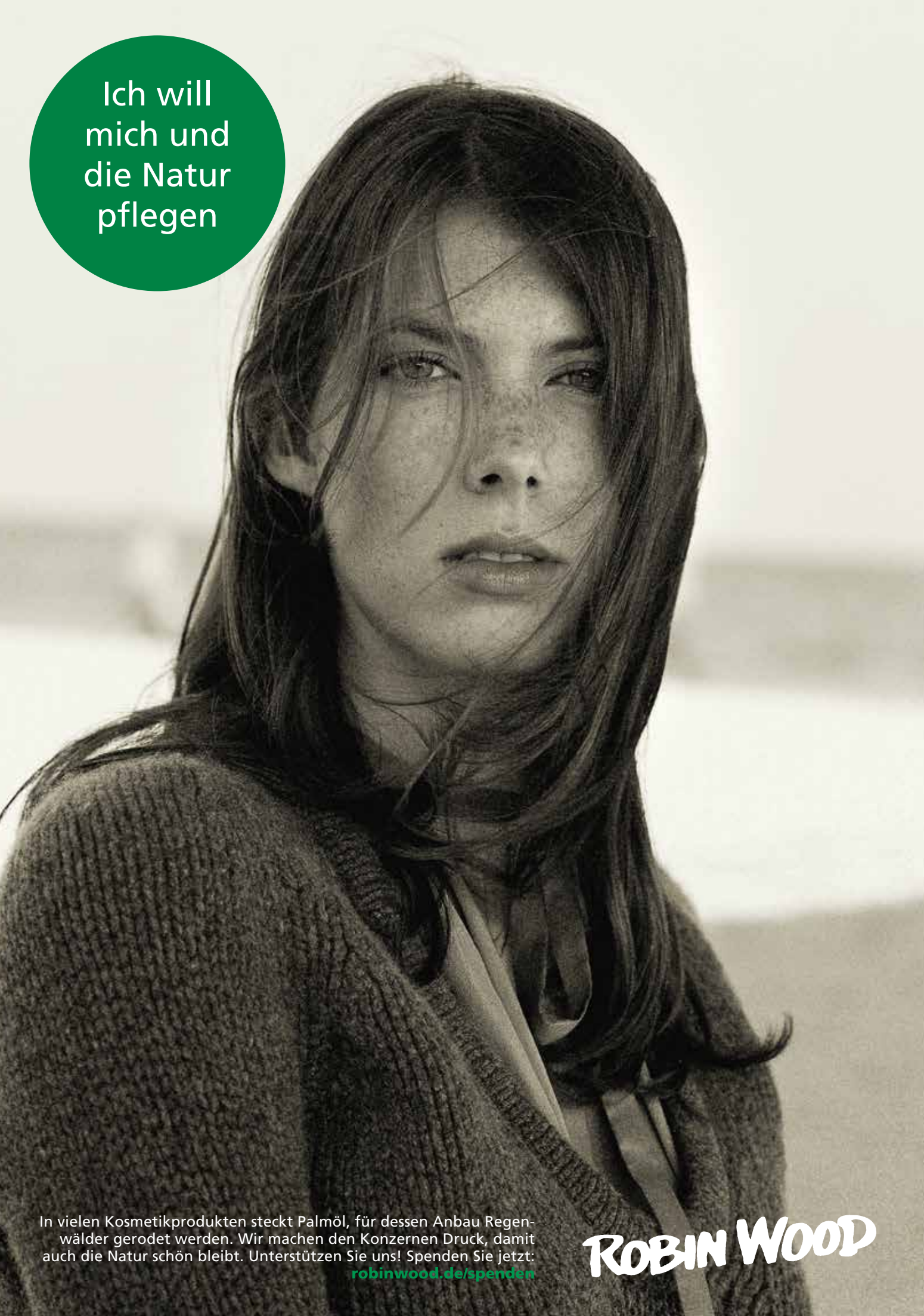
sind noch viereinhalb Jahre. In dieser Zeit kann es jeden Tag zu einem schweren Unfall, etwa durch Flugzeugabsturz, Sabotage oder das Reißen des Konischen Strahlrohrs, kommen. IPPNW Berlin hat deswegen im April 2015 – aus Anlass des Tschernobyl-Jahrestags – eine Dekontamination am 20 Kilometer entfernten Mauerpark in Berlin-Mitte simuliert. Bis dorthin sind im Fall eines schweren nuklearen Unfalls und ungünstiger Wetterlage die Menschen zu evakuieren.

Brigitte Jaschke wohnt etwa 350 m vom Reaktor entfernt, kontakt@atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de

Nähere Infos bietet die Wissenssammlung des Anti-Atom-Bündnisses Berlin Potsdam: www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de/faq.html
IPPNW-Infos zu Risiken des Berliner Experimentierreaktors BER II: www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Info/Risiken_des_Berliner_Experimentierreaktors.pdf

April 2015: IPPNW-AktivistInnen simulieren eine Dekontamination am Mauerpark in Berlin Mitte – so weit müssten die Menschen evakuiert werden





Ich will
mich und
die Natur
pflegen

In vielen Kosmetikprodukten steckt Palmöl, für dessen Anbau Regenwälder gerodet werden. Wir machen den Konzernen Druck, damit auch die Natur schön bleibt. Unterstützen Sie uns! Spenden Sie jetzt: robinwood.de/spenden

ROBIN WOOD

Eis essen ohne Reue?

Eis essen ohne schlechtes Gewissen? Der Lebensmittelgigant Unilever möchte uns das gerne weismachen. Dabei werden Sozialstandards vom größten Zertifizierer für Palmöl regelmäßig unterwandert.

In vielen Eisprodukten steckt Palmöl, und damit ein kleines Stückchen gerodeter Regenwald. Seit letztem Dezember muss dies nun auch auf den Verpackungen angegeben werden und darf nicht mehr hinter allgemeinen Bezeichnungen wie „pflanzliche Fette“ versteckt werden. Laut Unilever, dem die hier wohl bekannteste Eismarke ‚Langnese‘ gehört, können die VerbraucherInnen ihr Eis nun aber trotz Palmöl angeblich wieder ohne Gewissensbisse essen. Seit 2012 verkauft Unilever nach eigenen Angaben nur noch Palmöl aus zertifizierten Quellen wie dem RSPO.

Der Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl (RSPO) ist der größte Zertifizierer für Palmöl und wurde 2004 gegründet. Unilever war damals neben dem WWF und einigen Palmöl-Produzenten Gründungsmitglied des RSPO. Seine Mitglieder produzieren rund 40 Prozent des weltweiten Palmöls. Die meisten Mitglieder kommen aus den Bereichen Anbau, Handel und Verarbeitung. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sind kaum vertreten und haben demzufolge wenig Einfluss. Entsprechend schwach sind die Standards sowie die Umsetzungs- und Kontrollmechanismen. Schnell waren sich die meisten Umwelt- und Entwicklungsorganisationen deshalb einig, dass das erstmals 2008 auf dem Markt erhältliche RSPO-zertifizierte Palmöl keinesfalls so grün ist wie seine Erfinder tun. ROBIN WOOD und viele andere NGOs bewerten den RSPO als ‚Greenwashing‘. Denn der RSPO verhindert weder Regenwaldzerstörung noch Zwangsenteignungen. Durch das unübersichtliche Handelssystem fließt fortlaufend auch Palmöl von illegal gerodeten Flächen in RSPO-zertifizierte Produkte und wird somit „reingewaschen“.

Langnese-Eis ohne Gewissensbisse? Ganz sicher nicht

Seit Jahren häufen sich zudem Hinweise, dass die ohnehin schwachen Vorgaben

von Mitgliedern wiederholt nicht eingehalten werden. In den letzten Wochen hat z.B. die Verletzung von Sozialstandards wieder für Schlagzeilen gesorgt. Theoretisch schreibt der RSPO vor, dass die beteiligten Kommunen über den Verkauf ihres Landes im Rahmen einer freien, frühzeitigen und informierten Konsultation entscheiden. In der Praxis wird dieses Recht auf Selbstbestimmung von RSPO-Mitgliedern jedoch regelmäßig untergraben.

Insbesondere der Name Wilmar International, ein wichtiger Palmöllieferant von Unilever, fällt besonders häufig in Verbindung mit Landrechtskonflikten und unterwanderten Mitbestimmungsrechten auf. Und das, obwohl sich Wilmar zumindest auf dem Papier wiederholt zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verpflichtete. Wilmar ist seit 2005 RSPO-Mitglied und kontrolliert rund 45 Prozent des weltweiten Palmöl-Handels. ROBIN WOOD hat in den letzten Jahren mehrfach über Menschenrechtsverletzungen und Landraub durch Wilmar berichtet. So zum Beispiel über die gewaltsame Räumung des auf der indonesischen Insel Sumatra gelegenen Dorfes Sungai Beruang durch Sicherheitskräfte von Wilmar im August 2011. Damals wurde mit scharfer Munition auf die DorfbewohnerInnen geschossen.

Nun berichtet die NGO Forest People Program von Landrechtskonflikten zwischen DorfbewohnerInnen und einem Zulieferer (PT.SMP) von Wilmar auf Kalimantan (Borneo) im letzten Jahr. PT.SMP hat widerrechtlich und ohne Zustimmung der Gemeinde Gemeindeflächen gerodet und in Besitz genommen. Außerdem wurden Brandrodungen durchgeführt, die sowohl gegen RSPO-Standards als auch indonesisches Recht verstoßen. Proteste der Gemeinde wurden mit Hilfe der Polizei aufgelöst. Einige Dorfbewohner wurden verhaftet. Obwohl nun auch die Konzessionen für

die übrigen Landflächen ausgelaufen sind, führt PT.SMP seine Umwandlungen in Palmölplantagen fort. Örtliche NGOs haben jetzt eine Beschwerde beim RSPO eingereicht. Dass da schnell Konsequenzen gezogen werden, ist aber eher fraglich. Beschwerdeverfahren werden beim RSPO meist lange verschleppt. Abschreckende Konsequenzen blieben bisher aus.

Gewalt und Landraub ist bei RSPO-Mitgliedern an der Tagesordnung

Und auch in West Sumatra scheint Wilmar Gemeinden mit miesen Tricks um ihr Land gebracht zu haben. 2014 gab es dort eine Beschwerde gegen ein Zweigunternehmen des Palmölkonzerns. Der PT Permata Hijau Pasaman 1 wird von der Minangkabau Gemeinde vorgeworfen sich hinter ihrem Rücken und ohne Zustimmung deren Land angeeignet und darauffolgende Proteste mit Hilfe einer vermutlich bestochenen oder beeinflussten lokalen Polizei kriminalisiert und somit unterdrückt zu haben. Ein Dorfvorsteher wurde ohne offizielle Anklage für mehrere Monate inhaftiert. Etliche andere wurden verhört und unter Druck gesetzt.

Von weiteren Verstößen gegen die Sozialstandards des RSPO wird z.B. aus Liberia berichtet. Dort erwirbt die weltweit zweitgrößte Palmöl-Firma Golden Agri-Resources wertvolles Land für eine Handvoll Gelegenheitsjobs oder andere vage Vorteilsversprechen. In mehreren Fällen erhielten die Gemeinden für ihr Land nicht viel mehr als ein paar Schulbänke oder Zinkdächer. Geschäfte, die mit informierten Verhandlungsteilnehmenden kaum zu Stande gekommen wären.

Tina Lutz, Hamburg
ROBIN WOOD-Tropenwaldreferentin
tropenwald@robinwood.de



Foto: Hinrich Schultze

In diesen Produkten steckt Palmöl aus Raubbau-Wirtschaft

Weniger, dafür gutes Fett

Die Ölpalme stammt aus den Regenwäldern Westafrikas. Von dort gelangte sie über Südamerika nach Europa in Botanische Gärten und als Zierpflanze weiter nach Asien. Nachdem eine industrielle Aufbereitung des Öls möglich war, wurden ab dem Jahr 1900 damit begonnen Großplantagen anzulegen. Anfangs wurde es vor allem in Asien und Afrika als Speisefett zum Kochen, Braten und Frittieren eingesetzt. In Europa und Amerika änderte sich im Laufe der Jahre das Konsumverhalten. Auch in Deutschland nahmen sich die Menschen weniger Zeit, ihr Essen selbst zuzubereiten und nutzten zunehmend Fertigprodukte. Für deren Massenproduktion bot sich Palmöl als Rohstoff wegen seiner guten Verarbeitungseigenschaften an. Palmöl ist bei Raumtemperatur fest, braucht also bei der Verarbeitung nicht gehärtet werden. Es ist geschmacksneutral, besonders hitzestabil, mischbar mit Kakaobutter, hat sehr gute Backeigenschaften, macht die Fertigprodukte der Lebensmittelindustrie besonders streichfähig und erhält die Eigenschaften sehr lange optimal. Die entscheidenden Gründe für den massenhaften Einsatz sind aber, dass im Vergleich zu heimischen Ölsaaten wie Raps und Sonnenblumen die Ölpalme bis zu viermal mehr Öl pro Hektar liefert. Außerdem ist es billig, weil Ölpalmen in gigantischen Monokulturen unter Missachtung der Umwelt- und Menschenrechte angebaut werden. Betrachtet man nur den Lebensmittelhandel, so wird heute rund jedes zweite

Produkt in den Regalen mit Palmöl und Palmkernfett aus den Tropen hergestellt. Selbst viele Kaffeeweißer, in denen wir KonsumentInnen eigentlich Milchkpulver vermuten würden, bestehen zu über 80 Prozent aus Palmöl.

Immer mehr Menschen beschäftigen sich mit Ernährung und wissen, dass tierische Fette ungesünder sind und dass sie stattdessen Pflanzenfette und -Öle konsumieren sollten. So konnte bis 2014 mit den eher positiv verstandenen Worten auf der Zutatenliste „Pflanzliches Fett“ oder „Pflanzliches Öl“ der Zusammenhang zu den Herkunftsländern und Bedingungen der Produktion verborgen werden. Durch die EU-Lebensmittel-Informationsverordnung muss in der Zutatenliste jetzt der konkrete Name des Öls oder Fettes, also Palmöl, Rapsöl, Palmkernfett, Kokosfett etc., angegeben werden. Das ist ein Erfolg für die Umweltbewegung und kann ein Gewinn für die eigene Ernährung sein. Denn Palmöl ist ernährungsphysiologisch ungünstig, weil es einen hohen Anteil gesättigter Fettsäuren hat.

Gesunde Ernährung hilft dem Tropenwald

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) stellt fest, dass sich eine niedrige Fettzufuhr günstig auf den Fettstoffwechsel auswirkt. Für eine gesunde Ernährung spielt aber nicht nur die Fettmenge sondern auch die Qualität des Fettes eine entscheidende Rolle. Und da liegt bei uns einiges im Argen: Durch

den zu hohen Konsum an fettreichen tierischen Lebensmitteln sowie stark verarbeiteten Produkten ist der Anteil der gesättigten Fettsäuren und Transfettsäuren viel zu hoch. Diese erhöhen bei zu hoher Zufuhr das Risiko für Stoffwechselstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Die Deutschen nehmen rund doppelt so viele gesättigte Fettsäuren auf wie von der DGE maximal empfohlen.

Transfettsäuren entstehen, wenn heimische Öle in einen festen, streichfähigen Zustand überführt, also gehärtet werden. In Bio-Produkten sind gehärtete Fette verboten, dafür wird aber Palmöl verwendet. Zwar ist biologisch angebautes Palmöl für zertifizierte Bioprodukte etwas weniger problematisch als konventionelles, in der Vergangenheit sind aber auch bei Bio-Palmölproduzenten Fälle von unrechtmäßigen Landaneignungen und Vertreibungen bekannt geworden.

Ändert ein Mensch sein Ernährungsverhalten – weg von großen Mengen fettreicher Fertignahrung hin zu selbst frisch zubereitetem Essen – bestimmt er selbst, dass er weniger oder gar kein Palmöl nutzt und dass er heimische gesunde pflanzliche Öle wie z. B. Raps-, Oliven- und Walnussöl in geringeren Mengen verzehrt. Damit leistet er nicht nur einen Beitrag, die folgenschweren globalen Auswirkungen der Palmölproduktion zu reduzieren, sondern beugt außerdem eigenen ernährungsbedingten Krankheiten vor. Wer darüber hinaus etwas tun möchte, sollte palmöl-

freie Produkte immer wieder gezielt nachfragen und bei den HerstellerInnen einfordern. Einige HändlerInnen haben bereits auf den Druck der Öffentlichkeit reagiert und bieten, vermutlich auch als Reaktion auf die EU-Verordnung, das gleiche Produkt mit und ohne Palmöl zu einem ähnlichen Preis an.

Angelika Krumm, ROBIN WOOD Schwedt
papier@robinwood.de

Informieren leicht gemacht – neues Vortragsmaterial

Das neue Bildungsmaterial „Palmöl – Wie kommt der Regenwald auf den Teller“ erspart zeitaufwendige Recherchen und Überlegungen zur Umsetzung, weil sich auf der CD Sachinformationen, Anleitungen und Material zur Durchführung befinden. Es werden Hintergründe und Zusammenhänge dargestellt und in drei Bausteinen Vorschläge zur Gestaltung von Lehrveranstaltungen gemacht. Themen der Bausteine sind:

- Entwicklung Palmölproduktion
- Palmölfrei leben
- Interessengruppen

Die Themen können unabhängig voneinander angewendet werden.

Die Materialien sind sowohl bei der Arbeit im schulischen und außerschulischen Bereich mit Kindern und Jugendlichen als auch im informellen Bereich für Erwachsene einsetzbar. Sie unterstützen PädagogInnen und interessierte Menschen, eigenständig Unterrichtseinheiten und Informationsveranstaltungen durchzuführen.



Die CD können Sie für 5,00 € zzgl. Versand online bestellen unter www.robinwood-shop.de oder bei ROBIN WOOD e.V., Angelika Krumm, Rosa-Luxemburg-Straße 24, 16303 Schwedt, Tel.: 03332 2520 - 10, Fax: 03332 2520 - 11, E-Mail: papier@robinwood.de

Landraub - Die globale Jagd nach Ackerland

Ab 8. Oktober im Kino

„Sie werden lächeln, wann immer Sie Ihre Bank besuchen“, erklärt Suriya Moorthy in dem aufschlussreichen Dokumentarfilm Landraub, und rät zur Investition in Palmöl-Plantagen. Der jährliche Gewinn einer 10.000 Hektar Plantage liegt z.Z. bei 20 bis 25 Millionen Dollar – und das über Jahrzehnte. Nach der Finanzkrise 2008 hat das Finanzkapital Ackerland als Geschäftsfeld entdeckt. Landraub porträtiert aber nicht nur Investoren, sondern auch ihre Opfer und stellt Visionen von gesundem Wirtschaftswachstum, Ernährungssicherheit und Wohlstand für alle die Wirklichkeit von Vertreibung, Versklavung und Verlust der wirtschaftlichen Grundlagen gegenüber. In Äthiopien, Sierra Leona, Malaysia und Indonesien, Kambodscha und Rumänien haben sich Kurt Langbein und Christian Brüser auf Spurensuche begeben und zeigen eindrucksvoll, welche Folgen es hat, wenn Profitinteressen und nicht Bauern über die Böden bestimmen – und was das mit uns zu tun hat.

Sabine Genz, Berlin



Landraub
Ein Film von
Kurt Langbein und
Christian Brüser
Österreich 2015
95 Minuten
www.landraub.com
Im Kino ab 8. Oktober
2015

Count Down am Xingu IV

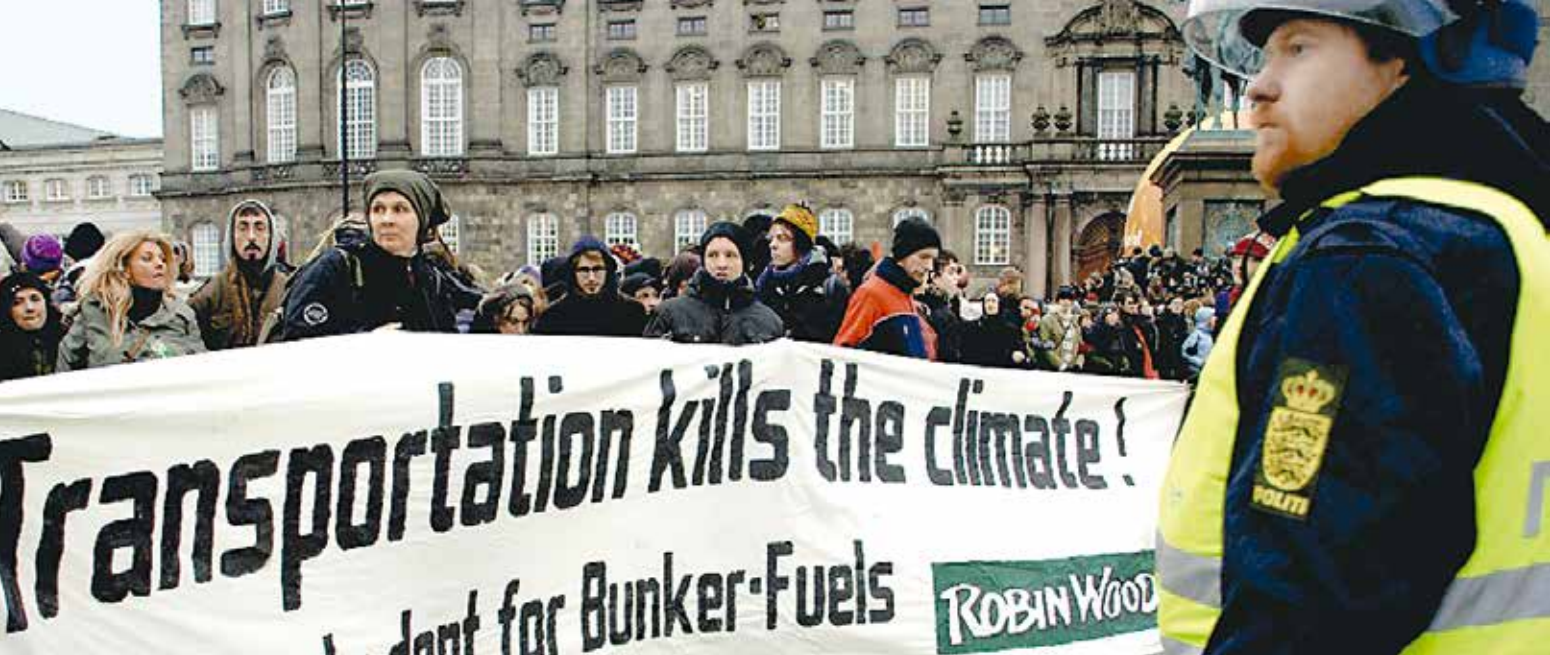
Dokumentarfilm jetzt auf DVD

Januar 2014, brasilianisches Amazonasgebiet, Provinzhauptstadt Altamira: Mit Motorsägen werden die ersten Holzhäuser „gefällt“ wie morsche Bäume. Die Umsiedlung von fast 40.000 Menschen hat begonnen – am Fluss Xingu. Hier entsteht der drittgrößte Staudamm der Welt, „Belo Monte“: Strom für den „wirtschaftlichen Aufstieg Brasiliens“, so die offizielle Version. Doch hinter den Kulissen geht es um riesige Gewinne für Baufirmen, Politiker und internationale Konzerne. Dafür werden über 600 Quadratkilometer Urwald gerodet, Indigene, Flussbauern und BewohnerInnen der Stadt Altamira „zwangsumgesiedelt“. Trotz der Proteste weltweit und vor Ort, trotz der Gerichtsurteile, die den Staudamm für illegal erklärt haben, wird das Projekt weitergeführt. Europäische Firmen wie Siemens oder Mercedes verdienen mit, denn sie liefern für den Bau Lkw und Turbinen. Ein eindrücklicher Film von Martin Keßler, der die Korruption brasilianischer Politiker und Baufirmen auf Kosten der „grünen Lunge der Welt“ sehr deutlich macht.

Julie Journeaux hat 2015 ein Praktikum
in der ROBIN WOOD-Geschäftsstelle absolviert



Count Down am Xingu IV
Dokumentarfilm
von Martin Keßler
2014, 76 Minuten
19,90 € + 3,60 € Versand
Bestellung der DVD
(deutsch und
portugiesisch) bei:
bestellung@neueWUT.de



Proteste bei der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen

Same procedure as every year?

Nicht der Klimagipfel, sondern die fossile Industrie steht jetzt im Fokus der Klimabewegung

Ende November ist es wieder soweit: Regierungsdelegationen treffen sich in Paris zum Klimagipfel der Vereinten Nationen. Es wird die 21. Konferenz seit Inkrafttreten der UN-Klimarahmenkonvention 1995. Doch über 20 Jahre Verhandlungen führten bisher nur in einigen Ländern zu geringer Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase. Global sind die Emissionen seit 1990 kontinuierlich gestiegen. Ähn-

lich wie im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels 2009 werden die Verhandlungen in Paris als nötiger „Wendepunkt hin zu wirksamem Klimaschutz“ aufgebaut. Doch wird der gelingen? Die Notwendigkeit wirksamen Klimaschutzes ist klar und wird mit jedem weiteren Bericht des Weltklimarats IPCC deutlicher. Doch die UN-Klimaverhandlungen sind gegenwärtig festgefahren. Scheinbar unauflösbare

Interessenkonflikte stehen wirksamem Klimaschutz gegenüber. Selten wurden die Handlungsgrenzen multilateraler internationaler Politik so deutlich wie in Kopenhagen 2009. Durch Machtverschiebungen im internationalen System, die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie wettbewerbsorientierte Energiepolitik gewannen nationalstaatliche Interessen an Bedeutung. Diese Interes-

Bewegung für Klimagerechtigkeit – Terminübersicht

26. September	Global Day of Action – Klima-Aktionstag	www.die-klima-allianz.de www.globaldayofaction.org www.reclaimpower.net/2015
9.-10. Oktober	Global Day to Reclaim Power against dangerous, harmful and dirty energy systems	www.reclaimpower.net/2015
10. Oktober	Großdemo gegen TTIP in Berlin mit einem Block zum Energiethema	www.ttip-demo.de
30. November bis 11. Dezember	Internationale Klimaverhandlungen in Paris: COP21	www.cop21.gouv.fr/en
4. bis 10. Dezember	Corporate False Solutions Event ungehorsame Aktion in Reaktion auf „Solutions COP21“-Konzernveranstaltung	www.climatejusticeaction.org
5. und 6. Dezember	Alternativ-Gipfel: World Village of Alternative Solutions, in Montreuil	www.coalitionclimat21.org/en
7. bis 14. Dezember	Climate Action Zone (ZAC), im „Espace 104“	www.coalitionclimat21.org/en www.104.fr/english
30. November	Climate Games in Paris	www.climategames.net
11. Dezember	„Reclaim Power!“-Aktion	www.foei.org
12. Dezember (letzter Tag der Verhandlungen)	Massenaktion zum Ende der Klimaverhandlungen: <i>It's our turn to have the last word!</i>	www.coalitionclimat21.org/en

sen behindern eine auf Konsens zielende internationale Klimapolitik. Der Gipfel in Kopenhagen wurde zum Desaster. Auf ein bindendes globales Abkommen konnte sich nicht geeinigt werden. Seit dem Gipfel in Kopenhagen hat sich auch bei umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und in sozialen Bewegungen die Debatte verändert. Die Akteure und ihre Netze haben seit der Genese der UN-Klimarahmenkonvention die internationale Klimapolitik intensiv verfolgt und mitgeprägt. Zwar stirbt die Hoffnung zuletzt, aber von den Klimaverhandlungen in Paris (COP21 – 21st Conference of the Parties) erwarten sie kaum einen großen Sprung nach vorne.

Besonderer Fokus: nationale Energiepolitik und fossile Industrie

Die meisten klimapolitisch aktiven NGOs stellten fast zwei Jahrzehnte lang die Mitarbeit in den internationalen Institutionen und den Fokus auf die UN-Gipfel kaum in Frage. Doch seit Kopenhagen und insbesondere im Vorfeld der Verhandlungen in Paris wandelt sich die Diskussion: Welche Akteure bzw. Institutionen angegangen und welche Formen und Orte des Protests gewählt werden sollen, wird überdacht. Weil die internationale Staatengemeinschaft sich bislang auf kein wirkungsvolles globales Klimaabkommen einigen konnte, werden für NGOs die Grenzen ihrer Mitarbeit in diesem Segment internationaler Klimapolitik immer klarer. Insbesondere dann, wenn die angestrebten Emissionsreduktionen ausbleiben und die Implementierung von Klimaschutzmaßnahmen wie Clean Development Mechanisms oder REDD+ zu neuen sozialen Problemen führt, stößt das bisherige Agieren der NGOs intern auf Kritik.

Um das notwendige Ziel, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen, nicht vollständig unrealistisch erscheinen zu lassen, verändern viele NGOs den Fokus ihrer Strategie und klimapolitischen Arbeit. Aktivitäten werden nicht mehr allein auf die internationalen Verhandlungen beschränkt, sondern die nationale Energiepolitik und die fossile Industrie als zentrale Felder klimapolitischer Auseinandersetzungen wiederentdeckt. Damit widmen sich mehr und mehr NGOs zwei Feldern, die zuletzt vor allem von sozialen Bewegungen und ihren Netzen besetzt wurden.

Bereits seit etwa 2005 forciert die „Climate Justice“-Bewegung mit neuen Handlungsräumen wie Klimacamps, Protesten an Kraftwerken oder Kohleminen eine neue Agenda und skandalisiert damit die Defizite der internationalen Politik. Die Verhandlungen, so ihre Kritik, verengen den Blick auf die Treibhausgas-Emissionen. Dabei müssten auch die Energieträger Kohle, Gas und Öl selbst berücksichtigt werden. Der Blick auf den gesamten Kohlenstoffzyklus, von der Extraktion der fossilen Ressourcen bis zu den schädlichen Emissionen, erweitert das Problem- und Konfliktfeld.

Auch im Vorfeld der internationalen Verhandlungen in Paris fanden im Sommer 2015 in zahlreichen Ländern Klimacamps statt – Zeltlager als Orte (klima)politischer Debatte und zugleich Ausgangspunkte für Aktionen zivilen Ungehorsams gegen zentrale Treibhausgasemittenten. Breite Unterstützung und Solidarität erfuhr die geplante Braunkohletagebau-Besetzung im Rheinland Mitte August. Ein internationales Bündnis von Gruppen (darunter das internationale Netzwerk 350.org, die Grüne Jugend und linksjugend [solid]) rief zu dieser Aktion zivilen Ungehorsams auf, weitere Organisationen (darunter Attac, BUND, Campact, PowerShift, ROBIN WOOD und Urgewald) solidarisierten sich mit dem Protest. Beim Amsterdamer Klimacamp Anfang Juli veranstalteten Graswurzel-Gruppen Climate Games, eine Mischung aus Online- und Offline-Protesten, bei denen TeilnehmerInnen mit Smartphones in einer Art Geländespiel an Protesten gegen die fossile Industrie mitwirkten.

In der verbleibenden Zeit bis zum Pariser Gipfel Ende November steht die nationale Energiepolitik und die fossile Industrie im Fokus der Bewegung. Zwei globale Aktionstage nehmen die fossile Industrie und klimafreundliche Alternativen in den Blick. Zum Aktionstag am 26. September mobilisieren Klima-Allianz, BUND und Greenpeace. Ein weiterer Aktionstag am 9./10. Oktober ist Teil der Kampagne „reclaim power“ von Friends of the Earth, Greenpeace, La Via Campesina und zahlreichen anderen. Für den 28./29. November sind in zahlreichen Hauptstädten weltweit Großdemonstrationen geplant.

Climate Justice Now!

Eine geplante Massenaktion zum Ende der Verhandlungen am 12. Dezember soll zum Ausdruck bringen, dass Klimagerechtigkeit voraussichtlich nicht bei Gipfeln, sondern auf nationalstaatlicher oder auf lokaler Ebene erkämpft werden muss. Die Klimabewegung will das letzte Wort behalten: Fossile Energien sind klimaschädlich. Es braucht die Energiewende. Und: Eine umfassende Transformation zu einer sozial-ökologisch gerechten Gesellschaft ist realisierbar. Während wohl auch der Klimagipfel in Paris nicht den entscheidenden Wandel einleiten wird, bleibt die Klimabewegung am Ball. Weiterhin wird sie die Ursachen des Klimawandels hervorheben und die bestehenden Alternativen ins Licht rücken. „It's our turn to have the last word!“

Philip Bedall ist Energiereferent von ROBIN WOOD in Hamburg

Zahlen und Fakten über Kohle

Strom aus Kohle verursacht unverantwortlich hohe Kohlendioxid-Emissionen. Um die Diskussion um Kohlenutzung voranzutreiben, gibt es vier neue Hintergrundpapiere:

1. Kohle und Klimawandel
2. Kohle und Tagebaue
3. Kohle und Versorgungssicherheit
4. Kohle und die großen Energieversorger

Sie beleuchten Fragen nach den Klima-Zielen der Bundesrepublik, der Entwicklung der Kohleverstromung, den

Orten der Braunkohleförderung in der Bundesrepublik, den Folgen der Braunkohletagebaue, dem Mythos der Versorgungssicherheit durch Kohle und der Rolle der großen Energiekonzerne.

Die Hintergrundpapiere sind von ROBIN WOOD in Kooperation mit Power-Shift und der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt worden und können als pdf auf www.robinwood.de/kohle heruntergeladen oder gedruckt über www.robinwood-shop.de bestellt werden.



Foto: Martin Fejér

Klimagipfel 1995 in Berlin: Am Hotel Ibis enthüllten AktivistInnen von ROBINWOOD die Wahrheit über das ergebnislose Klimatreffen: Global reden, banal denken, fatal handeln

Paris rettet das Klima nicht

Wer wirklich die spannende, aber auch im Ergebnis deprimierende Weltklimapolitik verstehen will, muss dieses Buch lesen! Wer sich nicht „nur“ mit eigenen guten Klimataten und den Chancen und Problemen neuer deutscher Anlagen zur Erzeugung grüner Energie als – bei aller Wertschätzung – Minibeitrag zur Reduzierung des globalen Klimawandels „begnügen“ will, muss über den Tellerrand deutscher Klimapolitik hinausschauen. Und das gelingt geradezu krimihaft unterhaltsam mit der Lektüre dieses Buches. Nick Reimer, Chefredakteur des online-Magazins klimaretter.info und lange

Jahre Top-Umweltjournalist bei der TAZ hat ein brillantes Buch vorgelegt. Es fasst in einer sehr plastischen und auch für den Laien gut verständlichen Sprache die äußerst komplexe Geschichte der Klimadiplomatie und der Klimapolitik kompakt zusammen. Gleichzeitig erhält der Leser alle wesentlichen Informationen über die Gründe des sich verstärkenden gefährlichen Klimawandels und was dagegen unternommen werden kann. Reimer beschreibt packend die großen Momente dieser gut 20 Jahre Weltklimadiplomatie:

- Die großen Hoffnungen, die bei UNCED-Konferenz für Umwelt und Entwick-

lungen 1992 in Rio de Janeiro vorhanden waren und u.a. durch die Verabschiedung der Weltklima-Rahmenkonvention UNFCCC geweckt wurden.

- Den Beginn, als Angela Merkel als Umweltministerin im Jahr 1995 im Berliner ICC die erste Weltklimakonferenz eröffnete. Mit dem Ergebnis des „Berliner Mandats“, wodurch der gesamte „Klima-Konferenz- und Verhandlungszirkus“ (Franz Alt) mit zuletzt über 20.000 Teilnehmern in Gang gebracht wurde.
- Die rein klimadiplomatischen Sternstunden des Abschlusses des Kyoto Protokolls, des ersten, prinzipiell völkerrechtlich

verbindlichen Klimavertrags im Jahr 1997. Auch diesen hat Angela Merkel als deutsche Umweltministerin durch zähe und intensivste Tag- und Nachtverhandlungen mitentscheidend durchgesetzt.

- Die „Schande von Kopenhagen“ 2009, als der große Traum von einer wirklichen Verbesserung der bis dato wirkungslosen Weltklimapolitik scheiterte.
- Das „Wunder von Cancun“ 2010, als das von der Wissenschaft lange geforderte 2°-Ziel plötzlich „fixiert“ wurde, die „Verpflichtungen“, besser Ankündigungen, der Staaten aber auf mindestens plus 3,5°C allein bis zum Jahr 2100 hinausliefen.
- Und Reimer beschreibt sehr eindrucksvoll, wie das geplante Paris Protokoll in intensivster klimadiplomatischer Arbeit in mindestens vier Weltklimakonferenzen und zig Zwischenkonferenzen vorbereitet wurde. Das betrübliche Fazit: Das im Ergebnis wirkungslose Kyoto Protokoll (die Emissionen sind schneller angestiegen als je zuvor) soll durch das Paris Protokoll ersetzt werden, das alle Chancen hat, noch wirkungsloser zu sein.

An dieser Stelle sollte Reimers Text genau gelesen werden. Das Paris Protokoll soll so funktionieren: Das dort hoffentlich von der Weltgemeinschaft nochmals „fixierte“ 2°-Ziel soll durch die Summe aller freiwilligen „beabsichtigten national festgelegten Beiträge“ zum Klimaschutz (engl. INDC) aller Einzelstaaten realisiert werden. Dem aufmerksamen Leser wird klar werden: Das Kyoto Protokoll mit seinen zur Lösung des Klimaproblems viel zu geringen „Mini-Verpflichtungen“ allein der Industriestaaten soll im Paris Protokoll durch nicht verpflichtende, jederzeit widerrufbare „Beiträge“ aller Staaten ersetzt werden. Damit ist sicher: „Paris rettet das Klima nicht“!

Trotz aller anerkennungswerten Anstrengungen der Klimadiplomaten und der involvierten Nichtregierungsvertreter: Im Ergebnis muss ein Versagen der Weltklimapolitik konstatiert werden, das auch auf das der Klimawissenschaft zurückzuführen ist. Ihr Versagen besteht in der fehlenden Vorlage und energischen Verfolgung konkreter wirksamer Gesamtkonzepte und anwendbarer eindeutiger Politikempfehlungen. Und die Weltklimadiplomatie konnte beim allerbesten Willen nicht mehr leisten als das, was

„die Politik“ ihr an Entscheidungsfreiheit zugestanden hat und was die Klimawissenschaft ihr – überwiegend nicht – an konkreten wirksamen und machbaren Vorschlägen „zugeliefert hat“. Und Reimer berichtet ohne ironische Bemerkungen, dass nun aus Sicht der deutschen Klimawissenschaft eine „Weltbürgerbewegung für den Klimaschutz“ das Weltklima retten soll! An den deutschen Klimavorreitern und mit deutschem Klimaengagement, das auf die Welt übertragen werden muss, sollen die falschen Ansätze und Entscheidungen der Weltklimapolitik ausgebügelt werden.

Weiterhin gilt beim Klimaschutz: „business as usual“

All das würde natürlich der hochkompetente Journalist Reimer, der an allen Weltklimakonferenzen teilgenommen und darüber berichtet hat, in der gebotenen journalistischen Zurückhaltung so nie und nimmer ausdrücken. Er sagt es aber für den aufmerksamen Leser klar und deutlich auf seine Art: Alle klimadiplomatischen Anstrengungen in Richtung des Paris Protokolls verhindern nicht, was auch die Bundesregierung für Paris bestätigt, dass weiterhin das Motto ‚business as usual‘ gilt. Und dieses ‚Weiter so wie bisher‘ impliziert „3,7 bis 4,8°C Erwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts“. Das lässt Reimer Prof. Ottmar Edenhofer, stellvertretend für den Weltklimarat, als die Bündelung des gesamten Sachverständigen aller Klimawissenschaftler dieser Erde gleich am Anfang seines tollen Buches sagen!

Das einzige, was man kritisieren könnte, ist der packende aber überwiegend deskriptiv-erzählende Stil der Reimerschen Darstellung. Konzeptionelle Vorschläge, wie sich Weltklimapolitik und –diplomatie aus der von Anfang eingeschlagenen Sackgasse jeweils nationaler Verpflichtungen und Beiträge befreien können, werden nur am Rande erwähnt. Nirgendwo taucht die Frage auf: Hat die Weltklimapolitik, da sie praktisch ohne eine konkrete wissenschaftsbasierte Politikberatung auskommen musste, sich nicht von Anfang an auf den Klimaholzweg dieser staatsindividuellen Verpflichtungen und Beiträge begeben? Aber das, was Politik und Klimawissenschaft nicht geleistet haben, kann man

partout auch nicht von einem noch so schlaun Klimajournalisten wie Nick Reimer in diesem Buch verlangen! Auch Reimer kann keine Wunder vollbringen. Und selbstverständlich kann auch er nicht den von der Internationalen Energieagentur vorhergesagten und von Edenhofer mit Zahlen unterlegten „desaströsen Klimawandel“ verhindern, auf den die Welt und Weltklimapolitik bei der „Schluss-Konferenz“ in Paris offenkundig sehenden Auges hinsteuert. Summa Summarum: Dieses „Schluss-Konferenz“-Buch „packt“ einen! Jeder, der sich wirklich für den Klimaschutz engagiert, sollte es unbedingt lesen! Es ist eines der, nein DAS spannendste Sachbuch, das der Rezensent je gelesen hat!

Lutz Wicke ist Direktor des Instituts für Umweltmanagement an der Wirtschaftshochschule ESCP Europe in Berlin, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Umweltbundesamtes und Ex-Umweltstaatssekretär. Als „grüner Schwarzer“ beteiligt er sich intensiv am klimapolitischen Dialog



Nick Reimer
Schluss-Konferenz: Geschichte und Zukunft der Klimadiplomatie in Paris
 Oekom-Verlag, 2015
 208 Seiten, 15,95 €
 ISBN-13: 978-3-86581-746-4



I want to see the manager
Deutschland, Italien 2014
Regie: Hannes Lang, 93 Minuten
im Kino ab 3. September 2015

Neu im Kino ab 3. September 2015:

I want to see the manager

Jeder Außerirdische, der einen Blick auf die Zustände auf der Erde werfen würde, würde sofort den Verantwortlichen sprechen wollen, behauptet der Schriftsteller William S. Burroughs.

Auf dieses Zitat bezieht sich der Titel des großartigen Dokumentarfilms von Hannes Lang, der mehr ist als ein weiterer Film über die Verwerfungen der Globalisierung. In sieben Episoden aus Indien, Bolivien, China, den USA, Italien, Thailand und Venezuela schildert er Beispiele für den aktuell stattfindenden Wandel der globalen Machtstruktur, für Aufstieg und Fall von Wirtschaftssystemen und der Menschen darin. In tableauartigen, sorgfältig komponierten und vielsagenden Bildern kommen Menschen mit ihren Hoffnungen und Ängsten zu Wort und zeichnen ein Zeitbild ihrer Gesellschaft, die sich im Wandel befindet. „I want to see the manager“ lenkt den Blick auf die Auswirkungen der großen geopolitischen Veränderungen, auf den Einzelnen und darauf, wie alle miteinander verbunden sind.

Sabine Genz, Berlin



Jetzt neu auf DVD:

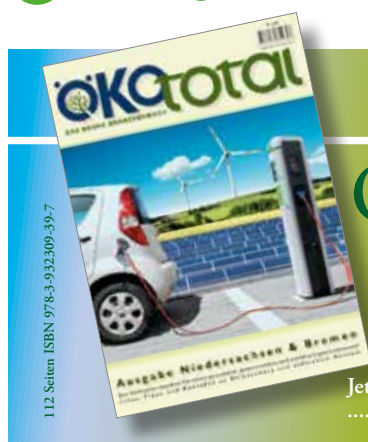
Die Hüter der Tundra

Mitten in der Tundra, in Russlands hohem Norden, leben Hirten und Rentiere in einer viele tausend Jahre alten Symbiose. Doch dieses einzigartige kulturelle Erbe ist bedroht: Rohstoffkonzerne haben die Weidegründe der Saami längst ins Visier genommen. Sascha, Abgeordnete des neuen Parlaments der Saami, kämpft für ihr Heimatdorf. Regisseur René Harder teilte über ein Jahr hinweg das Leben russisch-samischer Rentier-Hirten mitten in der Tundra. In beeindruckenden Naturaufnahmen und nah an den Menschen dokumentiert er ihren Überlebenskampf in der heutigen Zeit.

Die Hüter der Tundra
Buch & Regie
René Harder
Deutschland 2013
82 Minuten
www.tundra.wfilm.de

Verlosung! Machen Sie mit!

Dieses Mal heißt es gleich zweimal schnell sein: Wir verlosen 3 x 2 Freikarten für den Film „I want to see the manager“. Oder möchten Sie einen Film fürs Heimkino gewinnen? Dafür verlosen wir drei DVDs „Die Hüter der Tundra“. Schicken Sie uns bitte möglichst bald eine E-Mail oder Postkarte oder rufen Sie uns an: ROBIN WOOD-Magazin, Langemarckstr. 210, 28199 Bremen, Tel.: 0421 598288, E-Mail: magazin@robinwood.de. Die Freikarten und die DVDs bekommen die Interessierten, die sich am schnellsten bei uns melden. Viel Glück und viel Spaß beim Filmeschauen!



Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt NEU für Niedersachsen & Bremen
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

B U C H T I P P

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

- ☐ Niedersachsen/Bremen ☐ Berlin & neue Bundesländer
☐ Nordrhein-Westfalen weitere Ausgaben in Vorbereitung

ÖkoTotal • Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 • www.oekototal.de
service@oekototal.de

RobinWood 15.07.2015

Nummer 126/3.15

ROBIN WOOD-Magazin

Zeitschrift für Umweltschutz
und Ökologie

Erscheinungsweise vierteljährlich

Redaktion:

Sabine Genz, Angelika Krumm,
Annette Littmeier, Christian Offer,
Julie Journeaux, Regine Richter,
Dr. Christiane Weitzel (V.i.S.d.P.).
Verantwortlich für Layout, Satz, Fotos und
Anzeigen ist die Redaktion.

Verlag:

ROBIN WOOD-Magazin
Langemarkstr. 210, 28199 Bremen
Tel.: 0421 59828-90, Fax: -72
magazin@robinwood.de

Jahresabonnement:

12,- Euro inkl. Versand
Zu beziehen: ROBIN WOOD e.V.
Geschäftsstelle, Postfach 10 21 22
28021 Bremen
Tel.: 0421 59828-8, Fax: -72
info@robinwood.de,
www.robinwood.de

Der Bezug des Magazins ist im Mitglieds-
beitrag enthalten. FörderInnen, die mehr
als 50 € jährlich spenden, erhalten ein
kostenloses Jahresabo.

Gesamtherstellung:

Nordbayerischer Kurier, Bogenoffsetdruck,
Auflage: 8.000. Das ROBIN WOOD-
Magazin wird gedruckt mit mineralölfreien
Farben auf 100% Recyclingpapier mit dem
Blauen Engel.

Titelbild: Claudia Hautumm/pixelio.de

Spendenkonto:

ROBIN WOOD e.V., Sozialbank Hannover
IBAN: DE 13 25120510 00084 555 00
BIC: BFS WDE 33 HAN



www.robinwood.de

Jetzt bestellen:

Neue ROBIN WOOD-Flyer!

Im ROBIN WOOD-Onlineshop finden Sie neben sinnvollen und praktischen Produkten wie zum Beispiel unsere Edelstahl-Thermoskannen auch kostenlose Informations-Flyer. Jetzt neu aufgelegt wurden der Flyer „Schmutziges Palmöl“ und das aktuelle Ökostrom-Faltblatt. Der druckfrische Flyer „Atomtransporte stoppen!“ informiert über die Gefahren von Atomtransporten, die permanent und heimlich quer durch die Republik rollen.



Alle Info-Faltblätter können Sie auch gerne zum Weiterreichen anfordern:
www.robinwood-shop.de, Tel.: 0421 59828-8 oder per E-Mail: info@robinwood.de



anzeige



**Glyphosat
& Co.
BAYERS
Giftschrank**

*Topthema
im neuen Magazin*

www.stichwort-bayer.de

info@stichwort-bayer.de

Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf

facebook/Coordination

**STICHWORT
BAYER**

Konzernkritik konkret.

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.



Foto: Andreas Hermsdorf/PIXELIO

Geld, Autos, Klima ...

Keine Alternative zum Euro

Zu „Regionales Geld“ von Anna Schütze, Robin Wood-Magazin Nr. 125/2.2015: Weshalb sollte ich € in eine Regionalwährung umtauschen, um damit regionale Produkte zu kaufen – und das womöglich nicht immer und überall –, die ich auch direkt und ohne Umtausch mit € kaufen kann? Das macht für mich keinen Sinn.

Die den Regionalwährungen zugrundeliegende Geldwert- und Wirtschaftstheorie der Freiwirtschaft nach Silvio Gesell (1862-1930) beruht auf der (falschen) Annahme, Geld verliere im Gegensatz zu Waren – auf die dies auch nicht immer zutrifft, z.B. Kunst und Antiquitäten können mit zunehmenden Alter an Tauschwert gewinnen – nicht seinen Wert, was durch Hortung und Zinsen zu ungleicher Vermögensverteilung führe.

Um dies zu verhindern, müsse man dem Geld einen künstlichen Wertverlust durch eine „Umlaufsicherungsgebühr“ einbauen. Bekanntlich verliert aber Geld durch Inflation mit der Zeit ohnehin an Kaufkraft, mal langsamer, mal schneller, was jede(r) an Preissteigerungen selbst feststellen kann. Durch den Umtausch aus der offiziellen Hauptwährung sind davon natürlich auch Regionalwährungen betroffen.

Im entwickelten Kapitalismus basiert der in immer weniger Händen konzentrierte Reichtum nicht auf Verzinsung, sondern auf der Produktion von Mehrwert bzw. auf privater Aneignung.

Und anders als bei Dagobert Duck geht es im realen Kapitalismus nicht darum, Geld zu horten, sondern es möglichst profitabel zu investieren, vorzugsweise in die Mehrwertproduktion, wenn dies wegen Überproduktion oder dem tendenziellen Fall der Profitrate als nicht lohnend erscheint, dann eben in Finanzprodukte oder Spekulationsobjekte wie z.B. Immobilien oder Nahrungsmittel. Geld realisiert seinen Wert erst beim Tausch gegen Waren, Dienstleistungen oder geldwerte Optionen; vorher ist es nur ein Fetisch.

Um das Wirtschaftssystem zu ändern, müsste man den Hebel bei der Produktion und Aneignung des Mehrwerts ansetzen – was allerdings den Rahmen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sprengen würde. Mein Tipp: besser Marx und Engels lesen als Gesell! Das bringt mehr an ökonomisch und sozial relevanten Erkenntnissen.

Robert Seidenath
aus Gusterath

Antisemitische Freigeldszene

Liebe Anna Schütze,
liebe Magazin-Redaktion,

ich bin nicht angetan von der weitgehend unkritischen Darstellung der Regionalgeld-Idee im letzten Robin Wood Magazin und will versuchen zu erklären, wieso. In der politischen Linken und auch in der Umweltbewegung ist immer wieder auch Kritik an solchen Konzepten zu hören. Mit Marx lässt sich argumentieren, dass das Geld nicht der Grund für unvernünftige Wirtschaftskreisläufe, selbstzerstörerisches Wachstum und wiederkehrende Krisen ist. Die Wurzel dieser Probleme ist in dieser Sicht vielmehr das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Produktion für den Markt und die Konkurrenz der Produzenten. Nötig wäre also eine Kritik des Kapitalismus, während das Geld und seine Erscheinungsformen nur ein Ausdruck dieser Wirtschaftsordnung sind.

Stattdessen war ich sehr erstaunt zu lesen, dass die kapitalistische Tendenz, alles und jedem einen Geldwert zuzuweisen, hier zu einem alternativen Prinzip hochstilisiert wird. In der Klimabewegung wird z.B. der Emissionshandel überwiegend als wirkungsloses Instrument angesehen, dass vor allem der

Schaffung eines neuen Marktes (für Zertifikate) dient. Hinzu kommt, dass in nicht unerheblichen Teilen der Freigeldszene antisemitische Denkmuster eine Rolle spielen. **Hier sind Ansätze zu so etwas wie einer grün-braunen Querfront feststellbar.** Das macht beileibe nicht alle, die sich wohlwollend mit Regionalgeld beschäftigen, zu einem Teil dieser Szene. Aber eine kritische Erwähnung wäre schon wünschenswert gewesen, zumal solche Verstrickungen kein Zufall sind. Denn die hinter der Regionalgeldbewegung stehende Idee von einer im großen und ganzen „sauberen“ kapitalistischen Produktion und der eigentlich problematischen Finanzsphäre weist eine gewisse Ähnlichkeit mit **der Naziideologie vom „raffenden“ und „schaffenden“ Kapital auf.**

Von der Magazin-Redaktion würde ich mir wünschen, gerade bei Themen, zu denen es keine Position von Robin Wood als Verein gibt, für eine ausgewogene und kontroverse Berichterstattung zu sorgen. So werden nicht nur die LeserInnen in die Lage versetzt, sich selbst eine Meinung zu bilden. Es wird auch der Eindruck vermieden, solche Artikel würden die Vereinsposition wiedergeben.

Mit freundlich-kritischen Gruß
Alexander Valerius, RoWo-Regionalgruppe Berlin

Annas Antwort:

Lieber Alexander,
Vielen Dank für deine Hinweise!
Was den Kapitalismus betrifft, hast du ja Recht! Doch es gibt auch noch eine Zeit vor der Revolution, damit könnte es nämlich noch eine Weile dauern. Leider. Sollte man dann nicht lieber unter solchen üblen Rahmenbedingungen trotzdem versuchen, das Leben und Zusammenleben so angenehm wie möglich zu gestalten?
Hast Du nicht auch beobachtet, dass dein zweiter Hinweis auf Antisemitismus immer wieder in möglichen und unmöglichen Zusammenhängen als Argument genutzt wird, um Gedanken zu diskreditieren, Diskussionen zu beenden oder Menschen über den Mund zu fahren? Ich vermute, dass du Dich auf den Diskurs bei radio-frei.de und sozialoekonomie.info beziehst.

Die Debatte halte ich im Kontext von Regionalwährungen für nicht wissenschaftlich. Eines der Argumente ist z.B., dass das Freiwirtschaftskonzept (z.T. angewendet bei Regionalwährungen) Zinskritik ausübe, was Nazis/Antisemiten ebenfalls tun. Vermutlich verwenden einige Nazis und Antisemiten auch Zahnpasta zum Zähneputzen. Niemand würde fordern, deshalb keine Zahnpasta mehr zu benutzen, oder? Ich würde mich freuen wenn wir uns in einem freundlichen und sachbasierten Dialog wiederfinden würden!

Liebe Grüße, Anna Schütze

Anmerkung zur Sache

Wenn jeder Artikel die Meinung der Redaktion wiedergeben oder die Position von ROBIN WOOD repräsentieren würde, dann wäre unser Magazin wenig journalistisch und wahrscheinlich sehr langweilig.

Antisemitische, totalitaristische, extremistische und „braune“ Parolen, würden wir allerdings nicht veröffentlichen, wenn welche kämen.

Interessant wird dieses Magazin nicht zuletzt durch dieses Forum, denn auch hier bieten wir Platz für kontroverse Meinungen. In diesem Sinne: Vielen Dank für Kritik!

Energie speichern

Liebes Robin Wood-Team,
Ihr Magazin lese ich regelmäßig nahezu vollständig. Herzlichen Dank für die sehr informativen, verständlichen und gut lesbaren Artikel!

So sinnvoll und zukunftsorientiert die E-Autos auch sind, wage ich ihre Funktion als Stromspeicher zu bezweifeln! In der Theorie klingt es gut, dass die Batterien der E-Autos als Stromspeicher fungieren. Sollten diese Autos aber zum Renner werden, sieht die Sache anders aus. Sie sind in erster Linie Energieverbraucher und ich befürchte, dass dann der Ruf nach „alten“ Kraftwerken wieder laut wird, um den benötigten Strom zu erzeugen.

Was wir brauchen, sind „echte“ Stromspeicher, keine Energieverbraucher mit

dem Etikett „Stromspeicher“.

Diese Strategie erinnert an die Argumente für die Biogasanlagen, die ursprünglich dazu gedacht waren, nicht weiter verwertbares Grüngut zu nutzen. Dass das so nicht funktioniert und der durchaus positive Anfangseffekt kippen kann, wissen wir, seit riesige landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion entzogen und mit „Energiepflanzen“ bestellt werden, um den Nachschub der Biogasanlagen zu sichern, weil diese zum Renner geworden sind!

Mit freundlichen Grüßen
Adelheid Ecser

Anmerkung zur Sache

Tatsächlich fehlt noch der entscheidende Durchbruch in der Speichertechnologie. Die Idee, den Strom auf viele Fahrzeuge als dezentrale Energiespeicher zu verteilen, anstatt in einer Großanlage zu konzentrieren, ist aber nicht unklug.

Dezentrale Speicher bedeuten: mehr BürgerInnenbeteiligung, mehr Stabilität und Flexibilität, mehr Sicherheit in Krisensituationen und weniger Abhängigkeit von Großanlagen und Großkapital ...

Fracking

Liebe Frau Dr. Weitzel,
Ihr neuestes Magazin ist wieder sehr interessant, enthält jede Menge an wichtigen und kritischen Beiträgen und macht Front gegen die weltweit ihr verbrecherisches Handwerk betreibenden Umweltzerstörer in Gestalt des immer dreister und rücksichtsloser vorgehenden, nutzungsorientierten Lobbyismus!
Vor ungefähr zwei Jahren war ich auf Einladung von Bündnis 90/Die Grünen auf einer Veranstaltung zugegen, bei der das Thema „Fracking“ im Mittelpunkt stand. Die Teilnehmerzahl fiel ziemlich bescheiden aus. Meist handelte es sich um Menschen, die mit den Anliegen von Grünen und Umweltverbänden ohnehin eines Sinnes sind. MdB Oliver Krischer war aus Berlin angereist, forderte aber für seine Partei kein aus-

drückliches Verbot dieser Technologie, sondern nur ein Moratorium – ganz im Gegensatz zur Linkspartei, die sich m. W. bis heute **als einzige parlamentarische Kraft für ein völliges Verbot des Fracking ausspricht**.

Obwohl es auch hier im Sauerland eine von bundesweit zahlreichen Anti-Fracking-Bürgerinitiativen gibt und große Stapel von Unterschriftenlisten dem zuständigen Minister Rammel übergeben werden konnten, war an diesem Abend auch zu hören, dass viele auf der Straße mit der Thematik konfrontierte Bürger die Ansicht vertreten, „**man könne ja doch nichts machen**“. Leider ist nach wie vor eine beträchtliche Zahl von Mitbürgern dieser irrigen Auffassung!

Na ja, vielleicht sind ja doch welche von denen inzwischen wacher geworden. **Sie hatten offenbar immer noch nicht erkannt, dass man sehr wohl einiges bewirken kann**, z.B. per Leserbrief, per Demonstration, per Wahlzettel und natürlich durch die Mitgliedschaft in Umweltorganisationen.

Außerdem führt m.E. kein Weg an der Einsicht vorbei, dass die Leute ihr privates Verhalten grundsätzlich ändern müssen (keine neue Erkenntnis!). Das ist neben einem radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik unabdingbare Voraussetzung für eine durchgreifende Verbesserung der gegenwärtigen, sich rapide verschlechternden Umwelt-situation!

**Wie Sie sehen,
sind viele Kommentare
sehr interessant!
Schreiben Sie uns:**

Christiane Weitzel
magazin@robinwood.de
Tel.: 0421 5982890

Foto: magicpen/PIXELIO

Zugleich muss sich natürlich auch in den Köpfen der Politiker grundlegendes ändern. Das sehe ich allerdings nirgendwo, schon gar nicht bei den „Schwarzen“, die in aller Welt auch fast 45 Jahre nach Herbert Gruhls aufrüttelnder Rede im Deutschen Bundestag bis heute nur verheerende Lösungen anzubieten haben und dem so genannten „Wachstum“ mehr als je zuvor das Wort reden.

Herzliche Grüße
Karl Josef und Doris Knoppik

Aktion zum Weltklimagipfel

Sehr geehrte Klimareferentin von Robin Wood, als Fördermitglied Ihrer Organisation möchte ich eine weltumspannende Aktion zum Weltklimagipfel im Dezember 2015 in Paris vorschlagen. Wieder ist zu befürchten, dass zu wenig oder nichts dabei herauskommt, wie die vergangenen Versammlungen bewiesen haben.

Die Zeit ist längst vorbei, dass wir von Regierungen Lösungen erwarten können. Zu groß sind die scheinbaren „Sachzwänge“. Also muss doch die Bewegung von unten nach oben, der Druck von den Völkern auf die Regierenden erfolgen. Ich erinnere an die Aktion „Earth Hour“, die Gutes angestoßen hat.

Ich stelle mir vor, dass per Internet-Aufruf **Milliarden Menschen auf der ganzen Welt** erreicht werden können, um innerhalb einer Woche eine Klima-Demo in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde zu veranstalten. Wenn die Menschen überall auf die Straße gehen, gezielte Aktionen veranstalten, können die Verantwortlichen dies nicht länger überhören und übersehen.

Wir klagen Industrie, Wirtschaft und Politik an, Profit und Wachstum auf Kosten des Klimas an die erste Stelle gesetzt zu haben. Noch in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts haben Politiker auf Warnungen der Klimaforscher gehört. Das hat sich radikal geändert. Klimaschutz rechnet sich angeblich nicht, bremst den Fortschritt (der Entwicklungsländer). Ein mögliches Motto der Welt-Klima-Demo könnte sein: **Der Boden**

der Erde wird zu heiß! Wohin sollen wir Menschen, Pflanzen und Tiere fliehen? Schon bei 1 Grad Celcius globaler Erwärmung gibt es die Arktis nicht mehr (z. Zt. 0,8 Grad). Und dann gibt es bereits für das Jahr 2100 Vorstellungen von 4 bis 5 Grad Celcius! Gibt es uns, unsere Kinder, Enkelkinder dann noch? Wie sieht die Erde dann aus? S. Genesis 1,2: „...und die Erde war wüst und leer.“

Liebe Mitarbeiter: Wir sind im Krieg – gegen uns selbst. Im Krieg waren und sind außergewöhnliche Maßnahmen möglich. Steht mit uns allen auf, mobilisiert alle Kräfte, geht in die Vollen. Mit Gottes Hilfe und unserem Engagement geschehen Wunder!

Ich hoffe und wünsche, dass es diesmal nicht wieder heißt: Es war und bleibt alles nur heiße Luft.

In herzlicher Verbundenheit grüßt Sie
Hans-Jürgen Kopkow

PS: Bitte um Rückantwort

Anmerkung zur Sache

Lieber Herr Kopkow, wie Sie wissen, arbeiten wir schon seit einiger Zeit sehr energisch und auch ganz aktuell an den Schlüsselthemen des Klimaschutzes: „Kohle“, „Erneuerbare“, „intelligente Mobilität“ und „Schutz der Wälder“. Wir stehen weltweit mit vielen Umweltschutzorganisationen in Kontakt, die mit der Vorbereitung von Aktionen zum Weltklimagipfel beschäftigt sind.

Wie Sie treffsicher bemerken, sind die Weltklimagipfel bislang nur mäßig effektiv, sicherlich nicht sinnlos sondern notwendig, aber eben nur bedingt wirkungsvoll. Die Ressourcen unseres kleinen Vereins sind begrenzt und wir versuchen, sie optimal zu nutzen.

Um einen weltweiten Volksaufstand gegen die Klimasünder zu initiieren, werden knapp sechs Monate zur Vorbereitung nicht ausreichen. Aber wir verstehen sehr gut, was Sie wollen und wir bleiben dran. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir uns gegen die „Geheimpropaganda“ der Industrie-Lobbyisten schützen und ihre Machenschaften öffentlich machen wollen (siehe dieses Magazin ab Seite 10).

Klima für Kinder und Enkelkinder?

Hallo Frau Dr. Christiane Weitzel, der Bildband „13 Jahre im dritten Jahrtausend“ ist sehr beeindruckend und zeigt auf, wie zerstörerisch manche Menschen sein können!

Schon seit den 80iger Jahren habe ich mich für die Arbeit von Greenpeace interessiert. Die Abholzung der Urwälder ist ein sehr schlimmes Thema, was ja schon seit über 50 Jahre so abläuft. Der Klimawandel ist eine Folge dieser rücksichtslosen Politik. Hitzeperioden, starke Niederschläge, oder hohe Temperaturen, bis 37°C, sind auch hier bei uns die Folgen. (Anmerk. d. Red.: In diesem Sommer wurde der „Rekord“ von 40,1° C gebrochen.)

Der Umstieg, auf 100% Ökostrom, also ohne schädliche Abgase, war vor einigen Jahren daher nur ein konsequenter Schritt. Immer mehr Bürger entscheiden seit einigen Jahren selber, welchen Strom Sie in ihrem Haushalt nutzen wollen, sauberen oder schmutzigen Strom.

Mein Fazit aber bleibt, dass die Menschheit die Erde „langsam“ auffrisst und eine Wüste zurück lässt, trotz aller Anstrengungen von Umweltschutzgruppen. So haben es die Amerikanischen Indianer schon 1855 voraus gesagt. Ich hoffe, dass meine Einschätzung falsch ist.

Zum „Straßenverkehr“ habe ich eine differenzierte Meinung. Meines Erachtens muss man das Thema aufteilen in Städte, wo der öffentliche Straßenverkehr gut ausgebaut ist, und ländliche Regionen, wo der öffentliche Straßenverkehr schlecht ausgebaut ist, oder ab gewissen Zeiten gar nicht mehr vorhanden ist, so dass die Bürger dort auf einen PKW angewiesen sind.

Greenpeace hatte schon 1995 einen Twingo von Schweizer Ingenieuren so umbauen lassen, das dieser nur noch ca. **drei Liter Benzin auf 100 km** verbrauchte, und das mit Standardtechnik. Als Maschinenbauingenieur bin ich auch an technischen Lösungen interessiert, die eine Verbesserung bringen. Leider ist die Autoindustrie diesem Beispiel nicht wirklich gefolgt, und hat nur wenige solche Stadtfahrzeuge entwickelt und gebaut,

die sehr teuer waren, und nach wenigen Jahren wieder vom Markt genommen worden sind. Es wäre schon ein großer Beitrag gewesen, den Spritverbrauch zu senken.

Ich möchte auch auf die Vision von Dr. Ludwig Bölkow hinweisen, die von „PM“ schon 1986 veröffentlicht wurde.

Viele Grüße aus Lippstadt
Christof Fox

Wälder machen Klima

Liebe Leute von ROBIN WOOD,
liebe Umweltschützer,

ich weiß euer Engagement zum Erhalt der Natur, speziell der originären, lebenswichtigen Wälder auf diesem Erdball, seit langem zu schätzen. Aus diesem Grund unterstütze ich Eure lobenswerten Aktivitäten bereits seit vielen Jahren finanziell. Gleiches gilt für den Bestand der Deutschen Bahn und deren Ausbau zu einem umweltfreundlichen Verkehrsmittel: Der geplante Börsengang der DB muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.

Allerdings würde ich mir mehr Einsatz von Euch bezüglich der heimischen Wälder in Deutschland wünschen.

Schließlich lässt der Name „ROBIN WOOD“ doch den Schluss zu, dass Ihr Euch für alle Wälder stark macht. Auch hier gibt es immer noch reichlich Defizite.

Es ist für mich natürlich einsehbar, mit Priorität riesige Flächen vor der Abholzung zu retten; aber ebenso müsste in Deutschland noch einiges geschehen. Gerade der CO₂-Ausstoss ist immer noch zu hoch. Zwar ist die Industrie für den Hauptanteil verantwortlich, fast so hoch wie dieser ist jedoch der CO₂-Ausstoss durch die Kraftfahrzeuge. Die Autohersteller dürfen nach wie vor mit einem vermeintlich geringen Verbrauch bei Tempo 100 werben. Fakt ist aber, dass der Verbrauch mindestens ab Tempo 130 sprunghaft ansteigt und damit zu einem viel höheren CO₂-Ausstoss führt. Dadurch wird verschleiert, wie hoch die Umweltbelastung tatsächlich ist. Zudem geht der Trend seit Jahren zu immer größeren und schwereren Fahrzeugen (Stichwort: SUV's), was das Problem weiter verschärft. Ein generelles Tempolimit, wie es in allen angrenzenden Ländern schon seit langem üblich ist, könnte aus meiner Sicht eine Umkehr von dieser verhängnisvollen Entwicklung mit sich bringen.

Ich weiß, dass dies aktuell politisch schwer durchsetzbar ist; dass es z. Zt. utopisch ist, sich gegen die allmächtige Autoindustrie aufzulehnen. Zumindest müsste diese kurzfristig dazu gezwungen werden, realistische Verbrauchswerte der Fahrzeuge sowie deren echten CO₂-Ausstoss nach objektiven Regeln anzugeben; dies würde sicherlich den einen oder anderen Autokäufer dazu bewegen, sich



Foto: Monika Lege

für ein umweltfreundlicheres und sparsameres Fahrzeug zu entscheiden. Solltet Ihr weiterhin ein Ansprechpartner für dieses Anliegen sein, wäre es nett, Organisationen zu benennen, die diese Sache auf ihrer Agenda haben. Bei aus meiner Sicht berechtigten Aktionen werde ich Euch selbstverständlich weiterhin unterstützen. Mit umweltfreundlichen Grüßen
Friedhelm Thöing

Anmerkung zur Sache

Lieber Herr Thöing,
herzlichen Dank für Ihre Anregungen und Ihre Unterstützung!

1. Sie haben Recht: Unsere Schwerpunkte in der Verkehrspolitik sind Klimaschutz durch weniger Flugverkehr und eine bessere Bahn in öffentlicher Hand. Aber wir haben uns sehr gefreut, als Sigmar Gabriel im letzten Bundestagswahlkampf versuchsweise das Wort „Tempolimit“ in den Mund nahm und laut über

eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h nachdachte. Andrea Nahles konterte arbeitsteilig als PS-Protz mit ihrer „Lieblingsrennstrecke“ – verkehrte Welt. ROBIN WOOD war derzeit Partner der Europäischen Bürgerinitiative für Tempo 30 in der Stadt. Die europaweite Unterschriftensammlung blieb zwar weit unter der anvisierten Millionengrenze. Aber wir wollen das Tabu „Tempolimit“ im Auto-land Deutschland Stück für Stück aus der politischen Kamikaze-Zone holen. Die EU hat im November 2013 über die CO₂-Grenzwerte für Pkw ab 2020 entschieden. Unter den deutschen Nicht-Regierungs-Organisationen haben die Kollegen vom Verkehrsclub Deutschland, BUND und von der Deutschen Umwelthilfe versucht, Daimler, BMW und VW ins Lobby-Lenkrad zu greifen. Diese größeren Verbände befassen sich auch detaillierter mit der Kennzeichnungspflicht, als wir es leisten können. 2005 hatten wir gemeinsam die Aktion

„Klimasünder ausbremsen“ ins Rollen gebracht. Und immer mal wieder ziehen Aktive von ROBIN WOOD los und verteilen „Öko-Knöllchen“ an SUV.

2. Die Wälder in Deutschland sind auch für uns keine Nebensache: Denn die Immissionsschäden in den Wäldern sind heute stärker als in den 1980er Jahren. Darauf weisen wir (siehe unten) bei Fragen zu Waldschäden hartnäckig hin. Deutlich machen wir dabei auch, dass zumindest bei den Stickstoffeinträgen in die Wälder die zunehmend industriell geprägte landwirtschaftliche Tierproduktion die Hauptschuld trägt. Wir setzen uns nach Jahrzehnten der Kahlschlagwirtschaft in unseren Wäldern für eine stabile, naturnahe Forstpraxis ein. Zur Zeit arbeiten wir mit an der Revision der ökologischen und sozialen Mindeststandards des auch von uns mitgegründeten FSC. Inzwischen tragen bereits 10 Prozent unserer Wälder dieses FSC-Zertifikat.

67 Prozent aller Waldbäume sind geschädigt. Besonders übel sieht es für die Laubbäume aus, insbesondere für die Buche. Laut Waldschadenserhebung zeigen 86 Prozent der Buchen Schadsymptome. Hauptursachen dafür: Die Stickstoff-Emissionen aus der landwirtschaftlichen Tierproduktion und aus dem Straßenverkehr

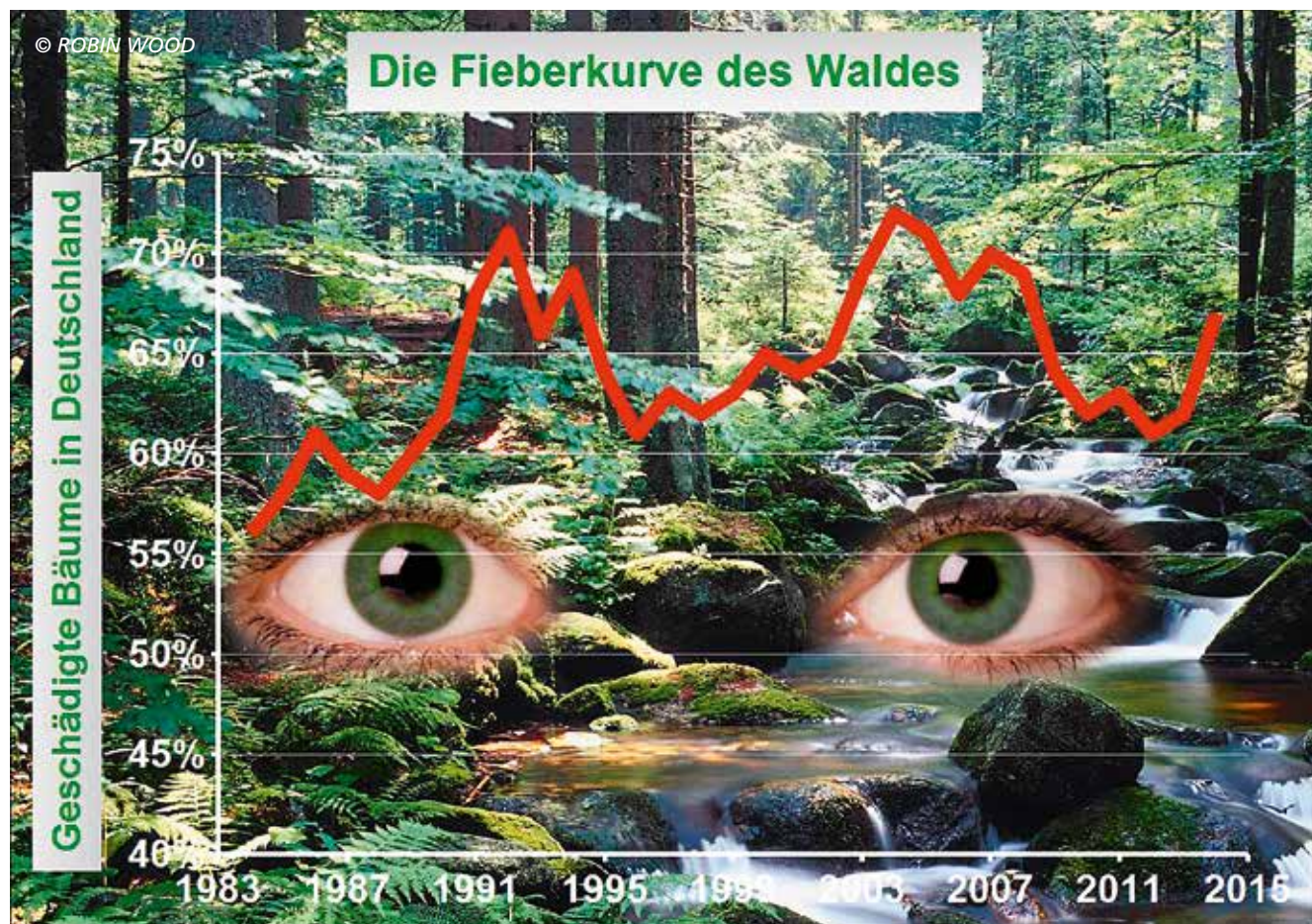




Foto: Pay Numrich/feinfrisch.de

Geheime

Atomtransporte



Bitte melden Sie
uns Fahrzeuge,
die aussehen
wie dieses.

0421 59828-8
energie@robinwood.de

Unterstützen Sie
unsere Recherchen bitte auch
mit Ihrer Spende.
Bitte nutzen Sie
den Überweisungsträger auf
Seite 17!

Wollen Sie helfen,
geheime Atomtransporte
zu entlarven
und die Öffentlichkeit
über die Gefahren
zu informieren?



© Bundestagsfraktion der Grünen